

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Abg. Kerstin Celina

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Jan Schiffers

Abg. Doris Rauscher

Abg. Julika Sandt

Abg. Sylvia Stierstorfer

Abg. Johannes Becher

Abg. Johann Häusler

Abg. Ulrich Singer

Abg. Florian Ritter

Abg. Eva Lettenbauer

Staatsministerin Kerstin Schreyer

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Raimund Swoboda

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 10

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie,
Arbeit und Soziales**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/948 mit 18/953),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der
Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/956, 18/957, 18/1033),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 18/783 mit 18/796),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/954,
18/955),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/695 mit 18/707,
18/857 mit 18/859),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/657 mit 18/675),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/897 mit 18/899,
18/901 mit 18/914)

Die Gesamtredezeit beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat wiederum eine Stunde und 31 Minuten. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können 4 Minuten reden. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass vonseiten der AfD-Fraktion, der SPD- und der FDP-Fraktion 6 namentliche und 9 Abstimmungen in einfacher Form bean-

tragt wurden. Bitte vergewissern Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie noch genügend Stimmkarten in Ihren Stimmkartentaschen haben. Es wurden für Sie in den Postfächern im Lesesaal neue Stimmkartentaschen hinterlegt. Bitte holen Sie dort rechtzeitig Ihre Stimmkartentaschen ab.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Dr. Gerhard Hopp von der CSU-Fraktion. – Bitte schön, Herr Dr. Hopp.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten in dieser Woche einen Rekordhaushalt, der Maßstäbe für beste Bildung, gute Arbeitsplätze und ein sicheres Umfeld setzt. Wir beraten gemeinsam einen Rekordhaushalt, der vor allem Vertrauen in die Menschen zeigt und Mut und Zuversicht bei den Menschen hervorbringen will. Es ist in Zeiten, in denen wir ein immer unsichereres Umfeld erleben, wichtig, hier in diesem Hohen Haus einen positiven Gegenpunkt zu setzen. Das gilt ganz besonders für den Sozialhaushalt, den wir heute hier gemeinsam beraten.

Wir wollen ein soziales Bayern mit einer Gesellschaft, in der der Einzelne für sich selbst Verantwortung übernimmt, aber auch bereit ist, für andere Verantwortung zu übernehmen. Wir stehen für ein klares Ja zu Familien, für ein klares Ja zu Kindern, in denen diese Verantwortung, die ich angesprochen habe, nämlich für sich selbst und für andere einzustehen, ganz besonders zum Tragen kommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir, die Regierungsfaktionen, verstehen uns als Familienkoalition, die Familien zur Seite steht. Sie steht Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Seite, schreibt aber gleichzeitig kein Modell vor, sondern ermöglicht unterschiedliche Lebensmodelle und anerkennt und wertschätzt die Erziehungsarbeit. Das zeigt sich eindrucksvoll an den Zahlen des vorgelegten Entwurfs.

Der Sozialhaushalt wächst um rund 800 Millionen Euro an – das sind fast 15 % in diesem Jahr 2019 – und weitere 400 Millionen Euro, fast 7 %, im kommenden Jahr. Die familienpolitischen Leistungen steigen gegenüber dem letzten Doppelhaushalt um rund 2,5 Milliarden Euro auf insgesamt 7,2 Milliarden Euro an. Das entspricht einem Anteil von über 56 % der Ausgaben. Das heißt, wir geben mehr als jeden zweiten Euro in unserem Sozialhaushalt für Familien, für die Stärkung und die Entlastung von Familien aus. Bayern ist das Familienland Nummer eins, und wir wollen das auch bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer beispielsweise wie die SPD in den Haushaltsberatungen noch davon spricht, hier seien keine Schwerpunkte zu erkennen, der hat den Haushaltsentwurf vielleicht nicht ausreichend gelesen.

Wir geben jungen Familien und jungen Kindern beste Startbedingungen mit auf den Lebensweg. Wir stehen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deswegen macht natürlich vor allem die Förderung der Kindertageseinrichtungen den Aufwuchs im Sozialhaushalt aus. Wir geben hier in diesem Jahr 2,3 Milliarden Euro aus, im nächsten Jahr 2,6 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, das sind Steigerungen von 335 Millionen Euro in diesem Jahr und von fast 620 Millionen Euro – eine stolze Summe – im kommenden Jahr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir entlasten die Eltern bei den Beiträgen während der gesamten Kindergartenzeit um 100 Euro pro Monat. Das ist nochmal fast eine halbe Milliarde Euro, die eingeplant ist.

Wir unterstützen die Kommunen tatkräftig beim Ausbau der Betreuungsplätze. Wir wollen 10.000 Hortplätze und insgesamt 42.000 Plätze für Kinder unter sechs Jahren schaffen. Meine Damen und Herren von der Opposition, weil Sie auch da bei den Beratungen im Ausschuss immer so leicht darüber hinweggegangen sind: Zuständig für

den Ausbau der Betreuungsplätze sind die Kommunen. Für die Investitionskosten ist hier noch ein anderer Einzelplan, der Einzelplan 13 mit Artikel 10 des FAG zu nennen. Auch da sind 120 Millionen Euro für dieses Jahr und 140 Millionen Euro für nächstes Jahr eingeplant. Diese Summen sind in diesem Haushalt, im Sozialhaushalt, nicht zu sehen; wir unterstützen als Freistaat Bayern die Kommunen aber dennoch freiwillig und tatkräftig bei ihrer Aufgabe.

Ergänzend zum Sonderinvestitionsprogramm des Bundes geben wir im Sozialhaushalt in diesem Jahr trotzdem zusätzliche Landesmittel in Höhe von 36 Millionen Euro aus. Insgesamt sind das mit 62 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen fast 100 Millionen Euro, die wir hier zusätzlich ausgeben. Das bedeutet, wir können hier von Förderhöhen von bis zu 90 % sprechen.

Bayern ist hier deutschlandweit vorbildlich engagiert. Wir haben die bisherigen Bundesmittel von fast 700 Millionen Euro, die geflossen sind, um zusätzlich fast eine Milliarde Euro von unserer Seite erhöht.

Meine Damen und Herren, gute Betreuung heißt für uns natürlich auch gute Ausstattung, heißt auch gute Bezahlung. Wir nehmen deswegen für die Betriebskostenförderung in diesem Jahr über 100 Millionen Euro mehr in die Hand, im nächsten Jahr sind es sogar über 185 Millionen Euro. Das ist die stolze Summe von 3,7 Milliarden Euro für die Betriebskostenförderung nach BayKiBiG. Noch vor zehn Jahren hatten wir im Haushalt die Summe von rund 650 Millionen Euro. Das heißt, wir haben die Mittel für die Betriebskostenförderung in einem Jahrzehnt nahezu verdreifacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen kann ich auch sagen: Selbstverständlich ist uns die Qualität der Betreuung ein Anliegen. Das ist nicht erst so, seitdem es das Gute-KiTa-Gesetz auf Bundesebene gibt, sondern so ist es bereits seit Jahren. Wir haben die Betreuungsschlüssel in den letzten zehn Jahren kontinuierlich verbessert.

Wir sind jetzt bei einem Verhältnis von unter 1 : 10 angekommen. Wir haben Qualität und Quantität immer gleichzeitig im Blick gehabt. Deswegen wird selbstverständlich ein gewichtiger Teil der Mittel, die vom Bund kommen, auch für den Ausbau der Qualität eingesetzt werden.

(Johannes Becher (GRÜNE): Nicht einmal die Hälfte!)

Es gibt in den nächsten Jahren knapp 100 Millionen Euro für Tagespflegepersonen, für einen Leitungsbonus, für Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung usw.

Meine Damen und Herren, der zweite Baustein neben qualitativ und quantitativ guter Betreuung unserer Kinder ist für uns aber auch die Wertschätzung und die Anerkennung der Erziehungsleistungen. Dafür gibt es das einmalige Bayerische Familiengeld, für das wir in diesem Doppelhaushalt die stolze Summe von 1,5 Milliarden Euro einstellen. Wir wollen – das ist ein entscheidender Punkt –, dass jeder einzelne dieser 1,5 Milliarden Euro bei den Familien und Kindern auch ankommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben deswegen dafür gekämpft, dass das Familiengeld den Empfängern von Grundsicherung auch ohne Anrechnung zugutekommt. Wir zahlen auch deswegen unbürokratisch aus, weil wir davon überzeugt sind, dass es besser ist, wenn das Geld bei den Familien statt bei der Verwaltung ankommt.

Meine Damen und Herren, es ist schon erstaunlich, dass Sie, wie zum Beispiel die GRÜNEN in den Haushaltsberatungen gesagt haben, das Geld offensichtlich lieber in aufwändige Bedürftigkeitsprüfungen gesteckt hätten. Im letzten Sommer mussten wir erleben, dass der SPD-Bundessozialminister das Geld für die wirklich Bedürftigen eben nicht auszahlen wollte.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Wir als CSU, wir als Regierungskoalition, stehen hier ganz klar für eine familien- und kinderfreundliche Politik. Meine Damen und Herren, in der Gesamtsicht setzt der Sozialhaushalt ein Ausrufezeichen für eine moderne, für eine unterstützende Familienpolitik.

Zu einem echten Miteinander in der Gesellschaft gehört selbstverständlich auch die Bekämpfung von Gewalt – Gewaltprävention –, und in diesem Doppelhaushalt stehen 24 Millionen Euro zur Verfügung, um den von Sozialministerin Kerstin Schreyer schon vorgelegten Plan zum Gewaltschutz und zur Gewaltprävention umzusetzen.

Wir wollen Obdachlosen helfen. Wir wollen die Kommunen in ihrer Aufgabe unterstützen, Obdachlosen unter die Arme zu greifen. Das tun wir ganz konkret – ich möchte nur zwei Punkte schon jetzt erwähnen – mit der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern, für die wir jährlich 2,5 Milliarden Euro bereitstellen, und mit der Umsetzung des Aktionsplans "Bayern hilft Obdachlosen".

Wir helfen auch den Helfern, beispielsweise bei den Tafeln. Wir haben mit der Fraktion einen Antrag eingebracht, um hier nochmals 200.000 Euro für die Ausbildung, für die Logistik und für die Fortbildung einbringen zu können.

Wir sind und bleiben Partner der Vertriebenen, meine Damen und Herren. Wir stehen zur Schirmherrschaft über den vierten Stamm, im Gegensatz zur FDP-Fraktion, die Mittel streichen wollte. Wir haben uns im Gegensatz dazu in den Beratungen für einen Anstieg der Ansätze eingesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir stehen auch zu unserer Jugend. Wir bauen auf eine gute, auf eine erfolgreiche Jugendarbeit. In den letzten beiden Doppelhaushalten und auch im Nachtragshaushalt 2018 – das habe ich als jugendpolitischer Sprecher begleiten dürfen – haben wir die Mittel außerordentlich erhöhen können. Jetzt stehen insgesamt 5,4 Millionen Euro pro Jahr mehr zur Verfügung als noch vor fünf Jahren,

und das heißt strukturell 20 % mehr für die Jugendarbeit in Bayern als noch 2014. Damit haben wir den höchsten Stand der Finanzierung für die Jugendarbeit in der Geschichte Bayerns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir als CSU schätzen die Arbeit des Bayerischen Jugendrings. Wir stellen uns deswegen auch ganz klar gegen den Antrag der AfD, die hier Mittel streichen wollte. Wir setzen uns auch ganz klar dafür ein, wenn es um die Förderung der Demokratie geht, beispielsweise mit dem Projekt "mehrWERT Demokratie" an den bayerischen Schul-landheimen. Wir können damit nochmals einen positiven Akzent setzen, um Jugendliche an Demokratie heranzuführen.

Nicht zuletzt: Wir wissen auch um den Wert der Ehrenamtlichenengagements. Mit den Koordinierungszentren, mit der Bayerischen Ehrenamtskarte und seit 2018 mit der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern wertschätzen und fördern wir bürgerschaftliches Engagement. Dieses Engagement von unserer Seite werden wir fortsetzen. Warum? – Weil wir wissen, dass die Menschen, die mehr tun, als verlangt wird, Bayern in einem ganz besonderen Maß ausmachen.

Was zeigt uns das zusammenfassend? – Bayern steht an der Seite der Familien, unterstützt die Schwächeren in der Gesellschaft, steht für eine generationengerechte Gesellschaft und hat alle sozialen Akteure im Blick. Dieser Sozialhaushalt setzt Maßstäbe in Deutschland, und er verdient die Zustimmung aller Fraktionen des Hohen Hauses. Dank gebührt der Sozialministerin Kerstin Schreyer, ihrer Sozialstaatssekretärin Carolina Trautner und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ressorts für die herausragende Arbeit für ein soziales Bayern, das an alle Generationen denkt und den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördert.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen deshalb den vorliegenden Haushalt und bitten um Ihre Zustimmung.
– Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat die Kollegin Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Seit Wochen verkündet die Staatsregierung, wie viel Geld sie in diesem Doppelhaushalt in den Sozialhaushalt stellen wird. Verglichen mit den vergangenen Haushalten ist es tatsächlich eine Menge Geld.

Vom Umfang und von der Bedeutung her ist der Haushaltsbereich, der sozialpolitische, familienpolitische und jugendpolitische Maßnahmen umfasst, tatsächlich enorm gewachsen, aber leider stimmt die Richtung nicht. Der Sozialhaushalt ist der Plan, der die Armutsbekämpfung in den Fokus nehmen soll, und genau da klafft doch eine große Lücke. Sie haben den Haushalt wie einen Luftballon aufgeblasen, ohne zielgerichtet die Kernprobleme anzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei liegt die Armutsquote bei Kindern in Schweinfurt bei 21 %; der Bericht dazu ist gerade online in der "Main-Post" erschienen.

Frau Ministerin, Sie sind in der selten komfortablen Situation, mit Unterstützung des Kabinetts, der CSU und der FREIEN WÄHLER das Geld mit vollen Händen ausgeben zu können, und Sie geben viel Geld aus – vieles davon aber leider an der falschen Stelle. Es ist, als würden Sie eine Gießkanne wild hin- und herschwenken, statt zielgerichtet die Pflanzen zu begießen, die dringend Wasser brauchen. Wenn Sie das Wasser aus der Gießkanne aber nicht dafür nutzen, um zielgerichtet die Pflanzen zu gießen, die es dringend brauchen, bekommen sie nicht genügend Wassertropfen ab und gehen ein.

Frau Ministerin, Sie kennen Unterfranken, Sie waren schon bei uns. Sie kennen die Fränkische Trockenplatte. Dort sinkt der Grundwasserspiegel seit Jahren kontinuierlich, weil mehr Grundwasser entnommen als nachgebildet wird. Ebenso wie wir dringend eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung bei uns brauchen, brauchen wir eine nachhaltige Sozialpolitik in Bayern. Genau das ist Ihre Sozialpolitik eben nicht. Sie ist weder nachhaltig noch investiv. Im Gegenteil, sie bläht den Haushalt auf, und sie ist eine immense Belastung für die künftigen Haushalte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin Diplomvolkswirtin, und ich habe in meinem Studium gelernt, dass man das Gesparte am besten verwendet, um zu investieren; mir wurde beigebracht, dass das zukunftsorientiert ist. Wenn man es einfach nur ausgibt, ist es ganz schnell verpufft und weg, und man hat keine andere Wahl, als ein paar Jahre später wieder kürzer zu treten. Wenn die Rücklagen aufgebraucht sind, sind sie einfach weg, und dann ist kein Geld mehr da für eine nachhaltige investive und zielgerichtete Sozialpolitik.

Sie zahlen jeder Familie in Bayern Familiengeld, aber diejenigen, die es am dringendsten brauchen, zum Beispiel die Alleinerziehenden, die aufstockende Leistungen vom Jobcenter bekommen, die Hartz-IV-Empfänger, waren entgegen Ihrer Ankündigungen erst einmal lange außen vor. Inzwischen hat die Staatsregierung eingesehen, dass ihr damals hastig zusammengeschriebener Gesetzentwurf in der Form Murks und so nicht mit Bundesgesetzen vereinbar war. Jetzt ändern Sie die Definition der Antragsberechtigten ein klitzekleines bisschen, aber nicht die Zweckbestimmung. Ich bin mir nicht sicher, ob das reicht, um das Familiengeld in Zukunft eindeutig von anderen Sozialleistungen abzugrenzen; denn die Zweckbestimmung des Gesetzes hat sich nicht geändert. Aber vielleicht reicht es wenigstens, um den Streit auf dem Rücken derjenigen zu beenden, die schon die ganze Zeit darunter leiden mussten, nämlich die Menschen, die das Familiengeld am nötigsten brauchen und die darauf hoffen, endlich eine Nachzahlung zu bekommen. Denen brennt es auf den Nägeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Ministerin, es ist doch Ihre Aufgabe, genau diese 8 % der bayerischen Familien, die erst einmal nichts vom Familiengeld hatten, weil es mit den anderen Leistungen verrechnet wurde – also die ärmsten –, zielgenau zu unterstützen, und nicht, statt dieser Familien die restlichen 92 % zu pampern, weil die CSU in letzter Verzweiflung kurz vor der Landtagswahl Geschenke verteilen wollte in der Hoffnung, mehr Stimmen zu bekommen.

Sehr geehrter Herr Kollege Hopp, wir reden hier über den Haushalt, über Zahlen, aber wir müssen auch über die Menschen sprechen. Wenn junge Alleinerziehende mir zeigen, dass das Jugendamt ihre Krippenkosten nicht mehr übernehmen darf, weil es jetzt Familiengeld gibt und sie dann gleichzeitig ihre Jobcenterleistungen um das Familiengeld gekürzt bekommen, ist das, als würden Sie gerade denen, die es am dringendsten brauchen, statt 10 Euro auszuzahlen, 20 Euro abziehen. Diese Fälle gab es. Wie kann das in dem sogenannten Familienland Bayern sein? Und das nur, weil Ihr Ministerpräsident selbstherrlich eine Leistung versprochen hat, die Sie ohne eine gescheite Absprache mit Ihrem Koalitionspartner im Eilverfahren vor der Wahl durchpeitschen mussten.

Zum Schluss noch ein paar Sätze zu unseren Änderungsanträgen. Inklusion und Teilhabe sind besonders wichtige Aufgaben der Sozialpolitik, denen zu helfen, die eine besondere Unterstützung brauchen. Ich wünsche mir, dass Sie den Mut haben werden, in dieser Legislaturperiode das Gehörlosengeld anzugehen. Wir GRÜNE haben Mittel für ein Gehörlosengeld in unseren Haushaltsentwurf eingestellt. Wir haben Ihnen im letzten Jahr einen Gesetzentwurf präsentiert. Sie haben ihn abgelehnt. Jetzt haben Sie den Haushalt in immense Höhen aufgebläht, aber die Gehörlosen haben Sie nicht berücksichtigt. Im Gegensatz zu Blinden, Taubblinden, hochgradig Sehbehinderten und hörsehbehinderten Menschen haben Gehörlose und hörbehinderte Menschen in Bayern bisher keinen Anspruch auf einen Nachteilsausgleich, in vielen anderen Bundesländern aber schon. Deswegen frage ich Sie: Wieso halten Sie Familiengeld und

die Kitabbeitragsfreiheit für die obersten zehn Prozent für wichtiger als Gehörlosengeld? Hätten Sie diese Leistungen nicht derart weit ausgedehnt, könnten wir locker das Gehörlosengeld finanzieren, das wir mit unserem Änderungsantrag heute und hier beantragen. Heute haben Sie die Gelegenheit, dazu Stellung zu beziehen und zu sagen, ob Sie das Gehörlosengeld prinzipiell unterstützen und ob Sie Spielraum dafür in dieser Legislaturperiode und trotz dieses aufgeblähten Haushalts sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin, Sie haben gesagt, wir sollten über die Menschen reden. Sie haben vollkommen recht. Wir reden beim Sozialetat über Menschen, wir reden darüber, was der Freistaat Bayern in Menschlichkeit investiert. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn der Freistaat nicht nur 7 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt in den Sozialetat investiert, sondern diesen auch noch um 2,4 Milliarden Euro erhöht, dann ist das eine grundsolide Investition in Menschen und in Menschlichkeit. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Bayern ist nicht nur eine wirtschaftliche Boomregion, Bayern ist auch eine soziale Boomregion. Auch das dürfen wir an dieser Stelle sagen. Wir investieren in Menschlichkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich bin Herrn Kollegen Hopp sehr dankbar; er hat schon den Ritt durch die Breite der Themen unternommen. Ich möchte mich deswegen auf drei Punkte konzentrieren, die mir in dem Einzelplan wichtig sind.

Das eine – es wurde schon angesprochen – ist die Jugendarbeit. Bayern weiß, was es an seinen ehrenamtlich engagierten Jugendlichen, an seinen Jugendverbänden und am Bayerischen Jungendring hat. Den Bereich fördern und unterstützen wir, darin investieren wir. Wir werden uns von keiner Partei sagen lassen, dass die Förderung des Engagements junger Menschen schädlich ist. Im Gegenteil, das ist der Grundstock für demokratische Entwicklung in unserem Freistaat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir werden das auch im Blick haben. Ein Haushalt muss sich weiterentwickeln, auch wenn wir jetzt einen Rekordetat für die Jugendarbeit haben. Wir werden auch das beim Nachtragshaushalt und bei weiteren Haushalten weiterentwickeln. Wir haben unsere Jugend im Blick; denn unsere Jugend ist unsere Zukunft.

Der zweite Bereich, den ich herausgreifen möchte und der mir auch sehr wichtig ist, ist die Vertriebenenkultur in Bayern. Wir investieren auch in diesen Bereich. Wir wissen, was die rund zwei Millionen Heimatvertriebenen für unsere Heimat geleistet haben. Sie haben unsere Heimat zu ihrer eigenen Heimat gemacht. Wir erinnern an die Aufbauarbeit, die da geleistet wird. Deshalb investieren wir in diesem Bereich flächendeckend. Das ist wichtig, und darauf können wir stolz sein. Wir sehen den vierten Stamm Bayerns als einen wichtigen und unverzichtbaren Teil unserer Kultur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein dritter Bereich, der indirekt damit zusammenhängt und der mir als Vorsitzendem des Europaausschusses sehr wichtig ist, ist der Bereich der bayerisch-tschechischen Beziehungen. Da gibt es zwei Punkte, auf die ich auch persönlich ein bisschen stolz bin. Wir haben es geschafft, im Bereich der vorschulischen Sprachbildung ein wertvolles und erfolgreiches TANDEM-Projekt fortzuführen und zu erhalten, das in Kindergärten und Kinderkrippen im Grenzbereich dafür gesorgt hat, dass Kinder spielerisch die Sprache ihres Nachbarn lernen. Auch wenn wir einen Betrag ersetzen mussten, den ein anderes Bundesland nicht mehr zahlen wollte, so muss ich doch sagen: Diese In-

vestition lohnt sich; denn wenn Kinder spielerisch die Sprache ihres Nachbarn lernen, dann ist das eine Grundvoraussetzung für viele weitere Entwicklungen, für Verständigung im wahrsten Sinne des Wortes im bayerisch-tschechischen Grenzraum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn ich von Verständigung spreche, dann meine ich auch Versöhnung. Ich bin froh, dass wir einen großen Posten in diesem Haushalt weiter ausgebaut haben. Wir fördern Vereine und Verbände, zum Beispiel die Ackermann-Gemeinde, die ganz konkret Versöhnungsarbeit leisten; sie bringt Jugendliche aus Tschechien, Deutschland und der Slowakei zusammen. Ich war selber schon bei einigen Veranstaltungen dabei. Da merkt man, wie wichtig es ist, dass Menschen sich begegnen; dann haben Vorurteile keine Chance. Da können wir auch einen wichtigen Beitrag leisten. Da ist jeder Cent sinnvoll investiert.

Das sind die drei Bereiche, auf die ich hinweisen wollte. Ganz wichtig ist: Wir investieren unglaublich viel Geld in Menschlichkeit, wir sind eine soziale Boomregion, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Jan Schiffers von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Bayern ist Familienland", das ist das Credo der Regierungskoalition. Auch im Rahmen der Beratungen des Doppelhaushaltes 2019/2020 ist die Koalition nicht müde geworden, diese plakative Äußerung zu wiederholen und zu betonen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Zu Recht!)

Ja – das müssen auch wir als AfD-Fraktion anerkennen –, zum Teil geht das in die richtige Richtung. Es werden durchaus Maßnahmen intensiviert, die auch wir als sinnvoll erachten. Beispielhaft möchte ich das Familiengeld nennen, das Familien zugutekommt, aber auch der Kitausbau ist etwas, was wir grundsätzlich begrüßen. Wir legen dabei den Fokus nicht nur einseitig auf Qualität, sondern wir sind für eine Mischung aus Quantität und Qualität.

Dennoch bestehen aus unserer Sicht einige Felder, wo noch deutlich mehr getan werden müsste. Aus dem Grunde haben wir Änderungsanträge eingereicht; ich möchte zwei vorstellen und hier um Zustimmung werben.

Zum einen ist es so, dass aus unserer Sicht deutlich mehr Mittel für den Schutz des ungeborenen Lebens und die Unterstützung von alleinerziehenden und jungen Müttern in Not bereitgestellt werden müssten. Wir haben hier in Bayern die Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind, die gute Arbeit leistet und mit einer Vielzahl von Maßnahmen diesen Personenkreis unterstützt. Es geht um ganz praktische Dinge, zum Beispiel um das kurzfristige Zurverfügungstellen einer Haushaltshilfe bis hin zur finanziellen Unterstützung für Anschaffungen, die mit der Geburt eines Kindes einhergehen. Die Stiftung unterstützt allgemein werdende Mütter in Not, gerade auch kinderreiche Familien. Das ist eine Gruppe, die leider öfter vergessen wird.

Im Rahmen der Beratungen des zuständigen Haushaltsausschusses hat der Vertreter der CSU unseren Änderungsantrag mit der Begründung abgelehnt, die bislang vorgesehenen Mittel seien ausreichend. Die Frage ist: Stimmt das, reichen die Mittel wirklich? – Schauen wir uns an, wie die Zahlenlage in Bayern ist. Im Jahr 2018 hatten wir im Freistaat Bayern 11.600 Schwangerschaftsabbrüche. Das waren alles Einzelschicksale, gar keine Frage. Vier von diesen 11.600 Fällen waren darin begründet, dass der Schwangerschaft ein Sexualdelikt zugrunde lag. In rund 700 Fällen war der Schwangerschaftsabbruch medizinisch indiziert. Das heißt, der ganz überwiegende Teil, nahezu 10.900 Fälle, erfolgte aufgrund der Beratungsregelung. Allein in Anbetracht dieser

blanken Zahlen muss ich für die AfD ganz klar sagen: Nein, es reicht nicht aus, was bisher im Etat hierfür vorgesehen ist. Hier müssen wir deutlich nachlegen.

(Beifall bei der AfD)

Es kann in unserer Gesellschaft generell, aber besonders in einem finanzstarken Land wie Bayern – das wird immer wieder betont – nicht sein, dass junge Frauen, die ungewollt schwanger geworden und nahe der Verzweiflung sind, weil sie sich das Kind vielleicht nicht leisten können, sich allein aus finanziellen Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden. Da müssen wir ganz klar sagen: Diese Stiftung wollen wir mit einer Million Euro zusätzlich ausstatten. Jeden, dem Familie am Herzen liegt und der für sich in Anspruch nehmen möchte, dass Bayern ein Familienland ist, und dem der Schutz des ungeborenen Lebens ein Anliegen ist, bitte ich ausdrücklich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiterer Punkt: Der Kollege von der CSU, der dazu schon gesprochen hat, hat betont, dass durchaus in den Bereich der Gewaltprävention investiert wird; das erkennen wir auch an. Aber wir als AfD sind der Meinung, dass hier noch mehr Unterstützung erfolgen und es noch mehr finanzielle Zuwendung geben müsste, gerade was die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder angeht. Häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen und Kinder gibt es in Bayern in allen Bevölkerungsgruppen und in allen sozialen Schichten. Dennoch ist leider festzuhalten, dass diese Gewalt durch die erfolgte Zuwanderung gerade aus dem Nahen Osten häufig – also keineswegs immer, das möchte ich wirklich klarstellen – mit einem patriarchalisch geprägten Umfeld und einem anderen Werteverständnis, was die Stellung der Frau angeht, einhergeht. Da brauchen wir noch mehr Mittel, um Frauen und Kindern, die aus diesen Strukturen ausbrechen möchten, zu helfen. Hier ist der Freistaat gefordert.

Wir sind daher der Meinung, dass in Bayern für alle Frauen und Kinder bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen muss, wenn betroffene Frauen und ihre Kinder zum Beispiel das Frauenhaus verlassen.

(Beifall bei der AfD)

Sie wissen, wie angespannt vor allem in den Ballungsräumen die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist. Leider ist es oft so, dass den gepeinigten Müttern und Kindern, oftmals auch Mädchen, nichts anderes übrigbleibt, als in die alte Struktur zurückzukehren. Da kommt man dann in eine Gewaltspirale zurück. Dann werden Plätze in Frauenhäusern mehrfach belegt, weil die Frauen vielleicht irgendwann doch wieder dahin flüchten müssen. Da müssen wir aus unserer Sicht deutlich nachlegen. Ich möchte deshalb alle Fraktionen, aber insbesondere diejenigen, die die Frauenrechte hochhalten und die für sich in Anspruch nehmen, für Gewaltfreiheit einzutreten, um Zustimmung bitten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialhaushalt ist einer der ganz wichtigen Teile des Staatshaushaltes. Hier können wir das Leben aller Menschen in unserem Land verbessern und gute Lebensbedingungen gestalten. Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit sind zentrale Bausteine, die einen Haushalt für Familie, Arbeit und Soziales auszeichnen müssen, für alle Generationen und für alle Lebenslagen, oft gerade auch dann, wenn im Leben nicht alles rund läuft.

Herr Ministerpräsident Söder meinte heute Vormittag, dass Bayern das coolste Land sei. – Ja, in Bayern müssen sich wirklich viele Menschen besonders warm anziehen –

leider –; denn die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Bayern, oft trotz Arbeit, besonders weit auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Wie kann das sein? – Sie werfen hier mit durchaus beeindruckenden Zahlen und Summen um sich. Das Haushaltsvolumen ist tatsächlich stark angestiegen. Ja, Sie haben an der einen oder anderen Stelle mehr Geld eingeplant. Bei den Frauenhäusern und dem Gewaltschutz haben Sie endlich nachgelegt. Als Sozialdemokraten haben wir uns hier seit vielen, vielen Jahren den Mund fransig geredet, dass es mehr Geld braucht. Es freut uns, dass Sie endlich handeln und deutlich mehr Geld einstellen. Da sind wir uns sicher einig. Es freut mich auch, dass die Landessenorenvertretung Bayern mehr Geld bekommt. Auch das ist mit ein Verdienst der SPD; denn wir waren auch hier seit vielen, vielen, vielen Jahren in den Haushaltsberatungen an diesem Thema dran.

(Beifall bei der SPD)

Aber ein bisschen Verbesserung hier, ein bisschen Verbesserung da reicht nicht, um die großen sozialpolitischen Fragen wirklich zu beantworten. Mehr als kosmetisches Übertünchen gibt es von Ihnen in Teilbereichen nicht. Statt kraftvoll an Schlüsselstellen Geld zu investieren, die nicht so populär sind, gibt es einen Tropfen auf den heißen Stein. Für die Betreuungsvereine, die in Bayern eine so wertvolle Arbeit leisten, gibt es für dieses Jahr mehr Geld. Verlässliche Finanzierung darüber hinaus: Fehlanzeige. Erst heute Mittag hatten wir die Übergabe einer Petition mit 5.000 Unterschriften. Frau Kollegin Stierstorfer war dabei. Wir werden sehen, was daraus wird.

Wir fordern eine langfristige Finanzierung, nicht nur für ein paar Monate. Auch reden Sie immer davon, wie wichtig das Engagement der Tafeln sei. Wenn es aber darauf ankommt, bekommen die Tafeln eine einmalige Förderung für ein paar Kühlfahrzeuge. Statt Verbesserungen anzubieten, haben Sie nichts Besseres zu tun, als die Tafeln in

einen Wettbewerb eintreten zu lassen. Da fehlt es aus meiner Sicht von der Wurzel her, um die Problematik unseres Landes wirklich zu erfassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD wollen einen Sozialetat, der seinen Namen wirklich verdient. Deshalb haben wir dazu einen ganzen Schwung an Änderungsanträgen eingebracht, mit denen genau das möglich wird, nämlich gute Lebensbedingungen für alle Menschen und für alle Generationen in allen Lebenslagen.

Herr Aiwanger ist nicht mehr da. Die Lösung, die er heute Vormittag so leichtfertig in den Mund genommen hat, nämlich dass Familien auch zwölf Stunden am Tag arbeiten dürfen, damit sie Geld verdienen und sich das Leben leisten können, kann nicht der richtige familienpolitische Ansatz sein, der zumindest uns als SPD wichtig wäre.

(Beifall bei der SPD)

Das hat nichts mehr mit "Familienland Bayern" und nichts mit moderner Familienpolitik zu tun. Wir wollen mehr Zeit für Kinder und für pflegende Angehörige statt mehr Stress, Existenz- und Zukunftsängste.

Wir wollen ein gutes Aufwachsen aller Kinder aus allen sozialen Schichten, die versprochenen Qualitätsentwicklungen in der Kita mit mehr Erziehern, besseren Gehältern und Rahmenbedingungen. Wir wollen Vereinbarkeitsprobleme abschaffen. Wir wollen eine sozial gerechte Arbeitswelt, in der jeder Fuß fassen kann. Wir wollen mehr Unterstützung bei sozialen Schwierigkeiten, eine Eindämmung prekärer Arbeitsverhältnisse, ein inklusives Bayern, mehr Engagement bei der Barrierefreiheit, die ernsthafte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und mehr Geld für das Leben im Alter, für alternative Wohnformen, für Mehrgenerationenhäuser sowie ein Aktionsprogramm für Senioren zur Entlastung von Alltagskosten.

Dafür haben wir 19 Änderungsanträge eingebracht. Gerade mal ein Antrag, nämlich derjenige betreffend die Erhöhung der Gelder für die Landessenorenvertretung Bay-

ern, wurde angenommen. Da stelle ich mir schon die Frage: Wo bleibt das genannte Ziel, sich hier im Parlament die Hände zu reichen, um für Bayern wirklich das Beste herauszuholen?

(Beifall bei der SPD)

Hören Sie bitte mit Ihren Blendgranaten auf. Ich hätte ganz gern ein wirkliches Sozialfeuerwerk für Bayern, das die Akzente richtig setzt. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen, auf die Florian Ritter nachher noch eingehen wird. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat Frau Abgeordnete Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist weiß und blau. Das sind die Farben des Optimismus, die Farben der Leistungskraft. Das haben wir der Staatsregierung zu verdanken. Jetzt dürfen Sie von der Regierungsfraktion mal richtig klatschen, wie Sie es vorhin auch gemacht haben. Wir haben es natürlich auch der Staatsregierung zu verdanken, dass wir in einer der wundervollsten Landschaften leben. – Sie klatschen jetzt nicht; vorhin haben Sie geklatscht, auf die Tische geklopft, auf die Schenkel geklopft.

(Heiterkeit – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, ich habe mich vorhin sehr gefreut, dass Sie gelacht haben. Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie geklatscht haben. Ich bin eine große Freundin jeder Art von Satire. Allerdings ist mir das Lachen in dem Moment im Hals stecken geblieben, als Herr Söder gesagt hat, in Bayern hätten die Menschen alle Möglichkeiten, alles zu erreichen, um sich frei entfalten zu können. Ich habe keinen sehnlicheren Wunsch, als dass die Menschen dies schaffen und sich frei entfalten können. Aber ich musste an eine internationale Studie denken, die vor wenigen Tagen erschienen ist. Darin wurde von Child Pe-

nalty gesprochen. "Child Penalty" bedeutet, dass bei uns eine Frau nach der Geburt des ersten Kindes durchschnittlich 61 % weniger verdient als vor der Geburt. Dabei sind Kinder das größte Geschenk, das es gibt. Ich finde es entsetzlich, dass wir diese Child Penalty im Land haben. Auch das ist ein Ergebnis der Arbeit der Regierung.

Wenn eine Frau wirklich freiwillig, also wirklich aus freien Stücken zu Hause bleibt, ist das natürlich vollkommen okay. Natürlich verstehe ich auch Familien, die sich über das Familiengeld freuen. Ich weiß aber nicht, ob all diejenigen, die sich nicht beschwert haben, gefragt wurden, ob sie es gut finden, dass man auch auf Kosten der Kinder das Tafelsilber verjubelt. Ich denke auch, dass nicht alle Eltern ihre Kinder freiwillig zu Hause betreuen. Ich habe bereits mit vielen Eltern gesprochen, die ihre Kinder nach wie vor zu Hause betreuen, weil sie keine andere Möglichkeit haben, da sie für ihre Kinder keinen oder keinen qualitativ angemessenen bzw. in Bezug auf die Öffnungszeiten flexiblen Betreuungsplatz finden. Solange das so ist, ist die Wahlfreiheit in unserem Land Pustekuchen. Die Kinderbetreuung ist für die Familien in Bayern ein Riesenakt. Es geht damit los, dass sich die Frauen bereits anmelden, wenn sie schwanger geworden sind, und sich in Wartelisten eintragen. Es geht dann weiter mit der Suche nach dem Krippenplatz und, wenn sie einen ergattert haben, mit dem Kindergartenplatz. Dann folgt die Betreuung an den Schulen, und am Ende hängen einfach viele ihren Job an den Nagel. Sie verzichten auf Karriere und auf Perspektiven und damit auf ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit. Auch das ist ein Ergebnis der langjährigen Arbeit dieser Staatsregierung.

(Beifall bei der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was Sie da reden, ist einfach nur übel!)

Das ist sehr oft so; ich höre das von vielen Frauen, die nicht arbeiten können, weil sie nach wie vor keinen vernünftigen Betreuungsplatz haben. Das können Sie nicht mit dem Familiengeld kompensieren, das nur für zwei Jahre ausbezahlt wird. Wenn eine Frau dauerhaft auf ihre Karriere verzichtet und, wie eine Studie sagt, 61 % weniger verdient als vor der Geburt, ist das schon bemerkenswert.

(Zurufe von der CSU)

Interessanterweise ist das bei den Männern anders. Das ist nur bei den Frauen der Fall. Ich meine, das ist sogar bewusst eingerechnet. Bei vielen aber ist es einfach unfreiwillig.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Widerspruch!)

Hinzu kommt, dass das Familiengeld vor der Landtagswahl so etwas von aus der Hüfte geschossen war, dass anfangs sozial schwache Personen lange Zeit nicht wussten, wann sie das Geld bekommen oder ob sie es überhaupt erhalten.

Pflegefamilien haben nach wie vor in die Röhre geschaut. Kinder sind aber unsere Zukunft; sie sind maßgeblich für den Erfolg unserer Gesellschaft.

Mit dem Beitragszuschuss – ich will jetzt nicht nur Negatives sagen; es kommt jetzt etwas Positives – zur Kostenfreiheit haben Sie einen ersten sinnvollen Schritt in die richtige Richtung getan. Diesen Schritt hätten Sie schon viel länger gehen können; denn wir haben das Thema bereits im Haushalt 2013 behandelt. Die CSU-Fraktion hat – ich erinnere nur daran – diesen Beschluss dann stillschweigend wieder kassiert. Toll, dass Sie Ihre Fehler jetzt korrigieren. Das zeugt von Größe.

Die jahrzehntelangen Versäumnisse beim Ausbau der Kitas haben wir damals schon kritisiert. Zwischen 2009 und 2013 haben wir massiv – Sie können sich die Kurven ansehen – Plätze ausgebaut. Danach ist in den letzten fünf Jahren, während der Alleinregierung, die Kurve wieder abgeflacht.

Es wäre einfach an der Zeit, den Ausbau nicht nur offensiver, sondern auch effektiver zu betreiben. Es müsste wie bei der Lehrerbedarfsprognose auch eine Prognose für Kitaplätze geben. Natürlich kann man die Erzieherinnen nicht von heute auf morgen heranholen. Das ist jahrelange Arbeit. Das waren aber erneut fünf Jahre Versäumnis, und wieder einmal ist dieser Haushalt nicht ambitioniert genug.

(Zuruf von der CSU)

– Von null auf zehn, so ungefähr. Da müssen Sie an die Sache einfach rangehen. Laut Statistischem Bundesamt fehlen in Bayern allein 52.000 Krippenplätze trotz Rechtsanspruchs. Wenn da von Wahlfreiheit die Rede ist, bedeutet das Hohn und Spott für die Familien, die nach wie vor keine Plätze finden.

(Beifall bei der FDP)

Wichtig ist aber auch, dass sie einen guten Platz finden. Sie müssen sich darauf verlassen können. Die Qualitätsentwicklung ist das A und O. Die ganzen Modellprojekte, die zum Teil sehr erfolgreich sind, müssen in die Regelfinanzierung überführt werden. Es geht um die Gruppengröße sowie die Verbesserung der Bedingungen für das Betreuungspersonal. Allen diesen Fachkräften muss man einmal danken. Wir müssen ihnen danken, dass sie auch schon jetzt zu Bedingungen arbeiten, die nicht optimal sind.

Wir brauchen mehr Fortbildungsmaßnahmen und vor allen Dingen längere und flexiblere Öffnungszeiten. Es gibt natürlich noch viele andere Punkte im Sozialhaushalt. Wir wollen beispielsweise die Jugendarbeit stärken, die ebenfalls sehr wichtig ist. Es geht da um Demokratiebildung und Medienkompetenz. Der Bayerische Jugendring leistet hier sehr viel.

Wir unterstützen auch andere soziale Maßnahmen. Wir sehen positive Investitionsansätze im Haushaltsentwurf, zum Beispiel die Investitionen für das Ehrenamt. Das ist richtig gut. Ich möchte das unterstützen. Es muss unser aller Auftrag sein. Fühlen wir uns doch alle als Ehrenamtsbeauftragte.

Unterstützen wir alle die sozial Schwachen. In diesem Sinne begrüßen wir auch die Ansätze zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit, auch wenn ich mir das inhaltlich anders gewünscht hätte. Man hätte zunächst einmal untersuchen sollen, wer warum in die

Obdachlosigkeit gerät. Dass Mittel für die Bekämpfung der Obdachlosigkeit bereitgestellt werden, unterstützen wir aber.

(Beifall bei der FDP)

Wo wir mit unserem Änderungsantrag noch etwas drauflegen wollen, das sind die Mittel für die Frauenhäuser. Auch da sind Investitionen längst überfällig. Hier müssen weitere Anstrengungen unternommen werden.

Bei den Investitionen in die frühkindliche Bildung – ich wiederhole mich – fordern wir Mut. Herr Söder hat gesagt – da hat er recht –, man muss in die Zukunft investieren, um das Land für schlechte Zeiten stabil zu machen. Handeln Sie also konsequent und verabschieden Sie sich von überteuerten sozialpolitischen Blendgranaten. Investieren Sie in die Förderung unserer Jüngsten. Das ist unsere Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank. – Das Wort hat nun die Kollegin Sylvia Stierstorfer von der CSU-Fraktion. Bitte sehr.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Dr. Gerhard Hopp hat eindrucksvoll dargelegt, dass wir in Bayern einen klaren Schwerpunkt auf ein soziales Bayern legen. Im Jahr 2019 steigt der Sozialhaushalt auf rund 6,2 Milliarden Euro, und in 2020 werden es sogar 6,6 Milliarden Euro sein. Das ist ein deutliches Signal. Wir geben dem Freistaat damit die Möglichkeit, in ganz vielen Bereichen viel für die Menschen in Bayern zu tun. Das ist einmalig in Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich will die Zahlen nicht wiederholen. Wir bilden Schwerpunkte besonders bei den Familien, der Gewaltprävention und der Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Ich will hier aus fachlicher Sicht nur auf einige Punkte hinweisen.

Liebe Frau Celina, wir betreiben eine nachhaltige Sozialpolitik. Die Sozialpolitik in Bayern trägt die Handschrift der Nachhaltigkeit bei allen Projekten, die wir für die zukünftigen und kommenden Generationen umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man sich den Zuzug nach Bayern betrachtet, erkennt man, wie viele junge Familien dabei sind. In meiner Nachbarschaft gibt es eine junge Familie mit zwei Kindern. Die Familie kommt aus einem anderen Bundesland, das ich jetzt nicht nennen möchte. Die junge Frau kam zu mir und sagte: Toll, in Bayern gibt es Familiengeld, und es gibt kostenfreie Kindergartenplätze. In Bayern gibt es ein Angebot von Kindertagesstätten und Kinderkrippen, also von verschiedenen Einrichtungen, die passgenau auf die Familien abgestellt sind.

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns hier nicht zu verstecken, sondern wir sind in Bayern ganz vorn mit dabei.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte das Ganze mit einem schönen Zitat kurz unterstreichen. Adolf Kolping hat gesagt: "Das Erste, das der Mensch im Leben vorfindet, das Letzte, wonach er die Hand ausstreckt, das Kostbarste, was er im Leben besitzt, ist die Familie."

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau das ist unser Ansatz. Wir investieren in die Familien, wir investieren in die Zukunft der Familien, und wir richten den Fokus auf das Familiengeld, die Ausweitung der Beitragsfreiheit im Kindergarten und auf das Baukindergeld Plus, um die Rahmenbedingungen und die Startchancen für die Familien in unserem Lande zu verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Über 7,2 Milliarden Euro investieren wir für die Familien in Bayern. Das Wort "Familienkoalition" ist im Grunde der richtige Ausdruck. Ich bin seit dem Jahr 2003 Mitglied

des Bayerischen Landtags. Wenn ich mir den Anstieg des sozialpolitischen Haushalts ansehe, den der Kollege Hopp bereits dargestellt hat, und wenn ich mir die Ansätze ansehe, die wir hier gerade für die Familien, aber auch für Benachteiligte, für sozial Schwächere, also insgesamt für die Menschen in unserer Gesellschaft ausgeben, dann stelle ich fest, das sind sehr hohe Summen. Diese Beträge sind richtig angelegt, weil jede Investition in die Zukunft eine richtige und wichtige Investition ist.

Fast 300.000 Kinder profitieren vom Familiengeld. Ich denke, das ist einmalig. Wir geben neben dem, was die Förderung der Kinderbetreuung betrifft, für den Ausbau der Kinderbetreuung insgesamt und für die Betriebskostenförderung enorm viele Mittel aus, die wir 2019 noch mal anheben. Zum Gute-KiTa-Gesetz lassen Sie mich sagen: Wir werden hier 98 Millionen Euro zusätzlich in die Betreuung investieren.

(Johannes Becher (GRÜNE): Aber nicht alles!)

Wir werden zum Beispiel den Leitungs- und Verwaltungsbonus umsetzen, damit die Betreuungsqualität insgesamt verbessern. – Wissen Sie, lieber Herr Kollege von den GRÜNEN, Sie kommen noch dran und haben dann Gelegenheit.

Es ist nicht so, dass wir erst heute mit der Schaffung von Qualität anfangen, sondern neben dem Ausbau der Kinderbetreuung war bei all unseren Bestrebungen in den letzten Jahren schon immer ein Schwerpunkt, die Qualität in den Kindergärten voranzubringen mit vielen verschiedenen Projekten, zum Beispiel durch pädagogische Qualitätsbegleiter, die wir in den Kindergärten einsetzen.

Ein wichtiger Punkt, den ich heute noch ansprechen möchte, ist vor allem das Thema Fachkräftemangel. Wir haben mit der Ministerin einen Fünf-Punkte-Plan ausgelegt: leistungsgerechte Bezahlung, Ausbildung attraktiver machen – OptiPrax ist ein Thema, wo wir noch einiges nach vorne bringen können –, Quereinsteigerinnen und Rückkehrerinnen gewinnen und ein Leitungs- und Verwaltungsbonus. Ich war am Montag bei uns im Kindergarten. Gerade dieses Thema kommt dort gut an. Wir brauchen Flexibilität, wir brauchen Freiheit. Wir dürfen nicht immer alles vorgeben und den

Kindergärten letztendlich immer mehr aufbürden. Sie sollen selber entscheiden können.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Wir wollen mit diesem Verwaltungs- und Leistungsbonus die Eigenständigkeit und Kreativität der Kindergärten vor Ort unterstützen und fördern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist so, wir wollen hier in Bayern neben 10.000 Hortplätzen insgesamt 42.000 Plätze für Kinder unter sechs Jahren schaffen. Wir unterstützen die Betriebskindergärten stark. Bayern war hier Vorreiter auf Bundesebene.

Weil das heute angesprochen worden ist: Die Familienförderung ist ein breites Feld. Es gibt 123 Ehe- und Familienberatungsstellen in Bayern und 76 Mütterzentren. Die Frauenhäuser, für die wir die Mittel nochmals erhöhen, sind heute schon angesprochen worden. Es gibt 140 Familienstützpunkte, die dauernd ausgebaut werden, mit vielen Kooperationspartnern. Es gibt rund 120 "KoKi-Netzwerke frühe Kindheit", mit denen wir Jugendämter unterstützen, und 180 Erziehungsberatungsstellen. Wir wollen die Erziehungsleistung der Eltern stärken, aber auch die Eigenverantwortung der Eltern.

Die bayerische Wirtschaft brummt, das ist richtig. Wir haben in den letzten Jahren neue Jobs bekommen. Wir haben in Bayern mit 2,8 % die niedrigste Arbeitslosigkeit, Vollbeschäftigung. Wir haben einen starken Arbeitsmarkt, aber wir müssen natürlich ein Auge auf diesen Arbeitsmarkt richten. Unsere Unternehmen und Beschäftigten meistern Globalisierung und Digitalisierung bisher sehr gut. Wir wollen vor allem die Weiterbildung und lebenslanges Lernen unterstützen. Dem kommt hohe Bedeutung zu, ebenso den tariflichen Regelungen für unsere Unternehmen und Tarifpartner. Wir wollen hier gute Rahmenbedingungen schaffen. Der Freistaat unterstützt diese An-

strengungen, damit sich die Menschen in Bayern auch in Zukunft gut aufstellen können.

Mit dem Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 mit Wirtschaft und Gewerkschaften setzen wir vor allem gemeinsame Maßnahmen um. Ich möchte hier nur – der Ministerpräsident unterstützt das sehr und hat das angekündigt – die Bildungsschecks ansprechen. Beschäftigte sollen bis zu 500 Euro für ihre Weiterbildung bekommen. Wir haben im Haushalt 2 Millionen Euro eingestellt, um diese Bildungsschecks mit digitalen Bildungsberatern auf den Weg zu bringen. Ich denke, dass das einmalig ist und dass das ein wichtiger Prozess ist, auch was das Thema "Weiterbildung in Bayern" betrifft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben – jetzt bin ich bei der digitalen Bildung – mit dem Zentrum für Medienkompetenz in der Frühpädagogik in Amberg im Rahmen eines Modellversuchs "Medienkompetenz in Kindertageseinrichtungen" 100 Modell-Kitas in Bayern eingerichtet.

Teilzeitausbildung ist ein weiterer Schwerpunkt, den wir unterstützen, um jungen Müttern, die – weil das vorhin angesprochen worden ist – vielleicht in die Situation kommen, relativ früh ein Kind zu haben, die Möglichkeit zu geben, eine Teilzeitausbildung anzustreben. Sie brauchen hier unsere Unterstützung. Dieser Fürsorgepflicht kommen wir nach. Deshalb haben wir drei Modellprojekte in Bayern gefördert. Wir werden diese Teilzeitausbildung zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit weiter begleiten und hier 150.000 Euro in den Haushalt einstellen, weil eine gute Teilzeitausbildung auch einen Weg in eine gesicherte Zukunft bedeutet.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Obdachlosigkeit ist angesprochen worden. Wir werden der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern – hier hat sich unsere Ministerin sehr eingesetzt – 5 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, kommen Sie zum Ende Ihrer Rede!

Sylvia Stierstorfer (CSU): Der Freistaat wird die Kommunen noch stärker unterstützen. Für die Tafeln in Bayern werden wir 200.000 Euro in den Haushalt einstellen.

Die Zuwächse im Haushalt sind enorm.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist beendet.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Ich sage herzlichen Dank für die Unterstützung. Ich sage allen Menschen herzlichen Dank, die sich hier in Bayern ehrenamtlich engagieren, die in Krankenhäusern oder Kindertagesstätten oder in weiteren Einrichtungen tätig sind. Ich sage ihnen allen herzlichen Dank für ihr großes Engagement.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kommen Sie zum Ende!

Sylvia Stierstorfer (CSU): Deshalb von meiner Seite noch ein herzliches Vergelt's Gott dafür. Ich bitte Sie um Unterstützung für unseren Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Johannes Becher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch nie haben wir so viel Geld in die frühkindliche Bildung investiert: 380 Millionen Euro im Jahr 2019. Das wäre eine historische Chance für eine gute Kita, für mehr Qualität. Doch wofür werden über 90 % des Geldes stattdessen verwendet? – Für vollkommen einkommens- und vermögensunabhängige Beitragszuschüsse anstatt für Qualität. Nicht einmal das Geld aus dem Gute-KiTa-Gesetz aus Berlin haben Sie vollständig, ja nicht einmal mehrheitlich für eine gute Kita investiert, sondern stattdessen für die Finanzierung der Beitragszuschüsse abgezwickelt, sodass lediglich ma-

gere 30 Millionen Euro für Qualität übriggeblieben sind. Das ist die Prioritätensetzung der Koalitionsfraktionen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt könnte man natürlich fragen: Wer hat denn eigentlich gerade die größte Not im Bereich der frühkindlichen Bildung? Was sind denn die großen Baustellen? Haben wir in diesem Land wirklich das Problem, dass die Kindergartenbeiträge landauf, landab völlig aus dem Ruder gelaufen und absolut unbezahlbar sind? – Ich glaube das, ganz ehrlich, nicht. Aber wir haben erstens das Problem, dass die Gruppen zu groß sind und dass wenig bis keine Zeit zur Vorbereitung, für Fortbildungen oder für Leitungsaufgaben bleibt. Wir haben dazu Anträge gestellt, Sie haben die Anträge abgelehnt.

Wir haben zweitens das Problem, dass es derzeit nicht überall genügend Plätze gibt und die Öffnungszeiten nicht zu den Arbeitszeiten der Menschen passen. Wir haben Anträge dazu gestellt, Sie haben sie abgelehnt.

Wir haben drittens das Problem, dass wir nicht genügend Fachkräfte haben. Deswegen brauchen wir dringend Programme zur Fachkräftebindung, bessere Arbeitsbedingungen, Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte, eine grundlegende Ausbildungsreform, damit alle die Möglichkeit bekommen, eine praxisorientierte Ausbildung zu machen, in der man ab dem ersten Tag Geld bekommt. Dazu haben wir Anträge gestellt; Sie haben die Anträge abgelehnt. Sie haben sogar ein Fachkräftemonitoring abgelehnt, mit dem wir alle zwei Jahre im Freistaat Bayern nachgeschaut hätten, wie viele Fachkräfte wir überhaupt ganz genau wo brauchen. Das weiß das Ministerium nicht. Da verlassen wir uns lieber auf die Experten der Bertelsmann Stiftung, anstatt selber tätig zu werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Haufen Geld hätten wir wirklich etwas vorwärtsbringen können. Man hätte einen Quantensprung in der Qualität unserer Kinderbetreuung schaffen können. Stattdessen haben wir in diesem Haushalt trotz

der ganzen Rekorde kein Geld mehr für substanzielle Qualitätsverbesserungen. Das ist eine große Enttäuschung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Ministerin, eines kann ich Ihnen versprechen: Wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden uns weiterhin für unsere Kindertagesstätten einsetzen, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Kinder. Wir werden hier im Bayerischen Landtag weiter für Qualität kämpfen, auch in den kommenden Jahren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun Herr Kollege Johann Häusler von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Dank an unsere Staatsministerin Kerstin Schreyer, für das konstruktive und verantwortungsbewusste Miteinander beginnen. Ich möchte meinen Dank auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums richten. Ich glaube, hier wird gute Arbeit geleistet im Interesse der sozial Schwachen, unserer Jugend und unserer Zukunft in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich möchte aber auch Dank an die Ausschussvorsitzende Doris Rauscher und an den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Thomas Huber, sagen. Er kann heute gesundheitsbedingt leider nicht da sein. Wünschen wir ihm an dieser Stelle gute Genesung. Ich sage Dank für das insgesamt gute und konstruktive Verhandlungsklima, das wir im Ausschuss haben, und für die nach meinem Dafürhalten zielorientierte und durchaus konsensorientierte Zusammenarbeit. Wir haben ein gutes Klima. Wir tragen gemeinsam Verantwortung. Manchmal gehen wir zwar von verschiedenen Ausgangspunkten aus, doch ich glaube, wir gehen in die gleiche Richtung.

Vieles, was heute angesprochen wurde, kann man nachvollziehen; aber nicht alles ist realisierbar. Herr Kollege Becher hat gerade gesagt, man könnte alles machen, gleichzeitig hat er von großer Aufblähung gesprochen. Zwischen Versprechungen, Wahrnehmungen, Realität und Wirklichkeit zu unterscheiden, ist auch eine große Aufgabe. Da tun sich die einen oder anderen etwas schwerer. Wir in der Regierungsverantwortung wissen, wo wir die Hebel ansetzen. Ich glaube, das machen wir auch verantwortungsbewusst. Wer sich heute mit unseren Kindergärten, mit unserer Jugend auseinandersetzt, der sieht, dass jeder Cent gut angelegt ist. Wir haben gehört, sehr viel wird aufgebläht. Zum einen wird es aufgebläht, zum andern wird es falsch eingesetzt. Ich glaube, das ist nur die Reaktion darauf, dass wir viel tun, dass wir erfolgreich sind, dass wir in unsere Familien investieren. Wir investieren in ein Familienprogramm, das in Deutschland seinesgleichen sucht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir können deshalb ein starkes soziales Bayern prägen, weil wir einen starken, einen wirtschaftlich starken Standort haben. Wir sind erfolgreich in der Wirtschaft, wir haben erfolgreiche und engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmer, die die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir heuer in der Lage sind, den Doppelhaushalt insgesamt um 6,4 % aufzustocken. Den Sozialhaushalt stocken wir um fast 15 % auf. Das ist doch ein starkes Zeichen. Das zeigt, wo das Hauptaugenmerk der sozialen Verantwortung liegt. Das kann uns niemand absprechen, egal, wie hier argumentiert wird, ob das zynisch gemeint ist wie bei Frau Kollegin Sandt oder ob versucht wird, das Ganze schlechtzureden. Tatsache ist, hier ist unwahrscheinlich viel Engagement da. Wir nehmen diese soziale Verantwortung wahr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch wenn der Haushalt 2020 etwas zurückgefahren wird, kommt im Sozialhaushalt noch einmal ein Zuwachs von 6,5 % obendrauf. Das ist eine starke Botschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb ist Bayern das Familienland Nummer eins in

Deutschland. Diese Koalition hier in Bayern hat den Anspruch, Familienkoalition zu sein. Das ist einmalig und sucht seinesgleichen. Das gewährleistet auch die Wahlfreiheit der Eltern in der frühkindlichen Betreuungsphase durch das Familiengeld und durch die Beitragsfreiheit, die wir anstreben und einführen werden.

Es wurde schon gesagt: 7,25 Milliarden Euro werden ausschließlich für die familienpolitischen Leistungen im Haushalt bereitgestellt. Das irgendwie abzuwerten, ist meines Erachtens sträflich.

Zwei wesentliche Punkte machen diesen Haushalt aus, und zwar zum einen das Familiengeld mit rund 1,5 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Saldiert sind das – und das muss man auch einmal sagen – mit den Einsparungen beim Landeserziehungsgeld und beim Betreuungsgeld noch immer pro Jahr im Haushalt 303 Millionen Euro. Die setzen wir noch oben drauf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man diese Beträge saldiert und auch die Beitragsentlastung und die Betriebskostenmehrungen berücksichtigt, sind im Haushalt eigentlich 1,5 Milliarden Euro mehr als in den vergangenen Jahren eingestellt. Das ist ein unwahrscheinlich starkes Zeichen.

Frau Kollegin Stierstorfer und Herr Kollege Dr. Hopp haben dargestellt, in welchen einzelnen Bereichen die Gelder eingestellt sind; darauf brauche ich an dieser Stelle nicht einzugehen. Eines möchte ich in der Kürze der Zeit aber schon noch sagen: Es ist unverständlich, diese Beitragsfreiheit abzulehnen. Hier mache ich ein großes Kompliment an die SPD: Sie ist in dieser Frage konsistent geblieben. Sie hat uns in unserer Oppositionsarbeit unterstützt, und sie tut das auch jetzt. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe ich kein Verständnis, wenn sie sagt: Bildung wird nur partiell freigestellt, die frühkindliche Bildung ist gar nicht so wichtig. – Die frühkindliche Bildung ist wichtig.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wir wollen Qualität!)

– Die frühkindliche Bildung ist die wichtigste, und das hat durchaus mit Qualität zu tun.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ihre Beitragsfreiheit hat mit Qualität nichts zu tun!)

– Lieber Herr Kollege, gerade eben haben Sie richtig gesagt, von dem Gute-KiTa-Gesetz, das für die beiden Haushaltsjahre in Bayern 232 Millionen Euro ausmacht, fließen 135 Millionen Euro nicht unmittelbar in die Qualität. Das ist richtig. Sie fließen nicht unmittelbar, aber sie fließen in den Sozialhaushalt ein. Wenn man das saldiert und beachtet, dass wir zusätzlich die Förderung für Kindertageseinrichtungen haben, Betreuungsplatzmehrungen und die Betriebskostenförderung, dann haben wir insgesamt 668 Millionen Euro, die dagegenstehen. 668 Millionen Euro zu 135 Millionen Euro, und da reden Sie von einer mangelnden Qualitätsoffensive? – Das ist die größte Qualitätsoffensive, die möglich ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn ich dann im gleichen Haushaltszeitraum noch die 872 Millionen Euro Beitragserlastung für die bayerischen Eltern heranziehe, dann habe ich die von mir vorhin genannten 1,5 Milliarden Euro im Sozialhaushalt. Dort sind sie richtig verankert. So werden die richtigen Weichen gestellt. Wer das nicht kapiert, der hat Sozialpolitik nicht verstanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vielleicht noch ein Letztes, weil diese Beitragsfreistellung bzw. die Beitragsermäßigung angesprochen wurde: Wie halten es denn andere Bundesländer? – In Berlin ist die Kita kostenfrei. In NRW sind es zwei Jahre.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit!

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): In Niedersachsen sind es zwei Jahre. In Bremen werden die Beiträge abgeschafft. Alle diejenigen, die im Länderfinanzausgleich von uns profitieren, sollen wir finanzieren, und wir selbst sollen sie erheben? – Das ist unverständlich.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Aus diesem Grund kann man dem Einzelplan 10 nur zustimmen. Das ist sozialpolitische Verantwortung. Wir nehmen diese Verantwortung wahr, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen! Der vorliegende Haushaltsplan, der Einzelplan 10, enthält einige sehr gute Ansätze. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, dass wir im Gegensatz zu den GRÜNEN, Herr Kollege Becher, die einkommens- und vermögensunabhängigen Zuschüsse zur Kinderbetreuung ausdrücklich gutheißen. In einem nächsten Schritt müssen nun natürlich die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten, in den Kinderbetreuungsstätten ganz allgemein, weiter verbessert werden, damit überhaupt genügend Personal für die gewünschte Qualitätsoffensive vorhanden ist.

Im Haushalt gibt es aber auch verschiedene Stellen, an denen man ruhig hätte mehr investieren können, wenn man es mit einer guten und erfolgreichen Sozialpolitik, von der Herr Kollege Dr. Hopp bereits im Haushaltsausschuss sprach, wirklich ernst meint. Wir von der AfD setzen uns nicht nur für eine echte Willkommenskultur für Ungeborene, für Kinder und Familien ein, sondern auch für Menschen mit Behinderungen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist eine Ungeheuerlichkeit, dass die GroKo zunächst versucht hat, die Menschen mit Behinderung, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, beim Mittagessen in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung zusätzlich mit Kosten zu belasten. Erst am 12.04.2019 entschied der Bundesrat über das Starke-Familien-Gesetz, und dieses führte zu einer Änderung bezüglich des Eigenanteils beim Mittagessen in den Behindertenwerkstätten. Das ist eine sehr gute Sache, und die begrüßen wir auch. Dieser Erfolg ist mit Sicherheit auch den Behindertenverbänden und der Opposition zu verdanken. Im Haushaltsausschuss legte man uns daher nahe, unseren Antrag zur Kostenbeteiligung am Mittagessen in den Werkstätten für Behinderte zurückzuziehen. Wir halten an diesem Antrag fest, und zwar aus gutem Grund. Denn von dem Starke-Familien-Gesetz profitieren nur die Grundsicherungsempfänger, aber nicht alle Behinderten in den Werkstätten. Das bedeutet, dass etwa 110.000 Beschäftigte durch das Raster fallen und von dem neuen Gesetz gar nichts haben werden, selbst dann nicht, wenn ihnen nur geringfügig mehr zusteht als die Grundsicherung. Wenn sie nur über etwas mehr als die Grundsicherung verfügen, haben sie bereits nicht mehr diese Förderungsmöglichkeit.

Wir meinen, dass alle in den Behindertenwerkstätten Beschäftigten ein gesundes und kostenloses Mittagessen haben sollten. Nur so wird sichergestellt, dass diese ganz besonders schutzbedürftige Personengruppe zumindest werktags ein warmes Mittagessen hat. Auch wird das gemeinsame Essen als soziales Erleben und als sozialer Mehrwert wahrgenommen.

Ich sage Ihnen aus meiner jahrelangen Erfahrung aus der Praxis in diesem Bereich, was passieren wird – ich habe es schon erlebt –: Diejenigen, die keine Grundsicherung beziehen und das Essen daher nicht kostenlos erhalten, werden zumindest teilweise nicht mehr am gemeinschaftlichen und gesunden Mittagessen in den Werkstätten teilnehmen. Sie werden zumindest teilweise ihr Geld anderweitig ausgeben, selbst dann, wenn sie eine aus unserer Sicht vielleicht nur geringe Eigenbeteiligung leisten

müssten. Tun Sie also bitte etwas Gutes für die Schwachen in unserer Gesellschaft und stimmen Sie diesem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Liebe Kollegen, wenn wir schon bei den Schwachen in der Gesellschaft sind, möchte ich an die von uns angeregten unabhängigen Ombudsstellen für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern erinnern. Sie haben im Haushaltsausschuss in diesem Zusammenhang von Doppelstrukturen gesprochen. Wir halten trotzdem daran fest; denn es hat wirklich Sinn, hier weitere Hilfsangebote zu etablieren. Für Kinder und Jugendliche soll eine unabhängige Ombudsstelle geschaffen werden, die deren Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten unabhängig wahrnimmt. Nach der Kinderrechtskonvention haben sie sogar Anspruch darauf, an Verfahren, die sie persönlich betreffen, beteiligt zu werden, einschließlich des Rechts auf Beschwerde. Solche Ombudsstellen, die viele Bundesländer bereits eingeführt haben, unterstehen keiner Fach- und Dienstaufsicht durch die Kinder- und Jugendhilfeträger.

Es hat erfahrungsgemäß wenig Sinn, wenn man sich beim Jugendamt selbst über das Jugendamt beschwert. Ein internes Beschwerdemanagement ändert daran gar nichts; denn viele scheuen einfach vor einer Beschwerde beim Jugendamt zurück. Deshalb braucht es unbedingt unabhängige Vermittler und Mediatoren. Bayern ist insoweit ein Nachzügler. Wir hinken hier deutlich hinterher. Deshalb fordern wir – genauso wie der Landesjugendhilfeausschuss – die Finanzierung einer unabhängigen Ombudsstelle in der Kinder- und Jugendhilfe.

Liebe Kollegen, wir bitten um Zustimmung zu unseren Anträgen. Beteiligen Sie sich daran, den Schwachen in unserer Gesellschaft eine Stimme zu verleihen!

Ich möchte zum Abschluss aus der Verfassung zitieren: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." So heißt es in Artikel 125 unserer Verfassung.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat der Kollege Florian Ritter von der SPD.

Florian Ritter (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, Haushaltsberatungen sind immer Anlass für harte politische Auseinandersetzungen zwischen allen Fraktionen. Lassen Sie mich deshalb mit dem Positiven, dem Gemeinsamen beginnen: Ich freue mich außerordentlich, dass im Haushaltsausschuss alle demokratischen Fraktionen hier im Haus ein klares Bekenntnis zur unabhängigen Jugendverbandsarbeit abgegeben haben. Daher an alle Kolleginnen und Kollegen ein herzlicher Dank!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Der Bayerische Jugendring und seine Verbände haben in den Jahren ihres Bestehens seit 1947 Außerordentliches zur bayerischen Demokratie beigetragen.

Kolleginnen und Kollegen, Ministerpräsident Söder hat heute gesagt, die CSU löse mit diesem Haushalt ihre Versprechen ein. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, wie es in der Realität aussieht. Auch in diesem Haushalt finden sich durchaus interessante Posten, beispielsweise der Posten für die Schaffung von inklusivem Wohnraum. Dafür wurden vor der Landtagswahl für die nächsten 20 Jahre 400 Millionen Euro nicht nur in Aussicht gestellt, sondern sogar versprochen. Eingestellt wurde in den vorliegenden Haushalt nicht einmal ein Viertel der Gelder, die notwendig wären, um tatsächlich auf 20 Millionen Euro pro Jahr zu kommen. Konkret geht es um die Umwandlung großer stationärer Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in kleine und flexible Wohneinrichtungen. Das wäre tatsächlich ein Kernstück der Inklusion in Bayern. Dass die Bayerische Staatsregierung in diesem Punkt wortbrüchig wird, wirft natürlich auch die Inklusion in unserem Land deutlich zurück.

Auch in anderen Bereichen tritt die Staatsregierung politisch auf der Stelle. Einem Programm "Gut leben im Alter – Teilhabe ermöglichen" erteilt die Staatsregierung eine klare Absage, obwohl es unseres Erachtens eine notwendige Maßnahme zur Armutsbekämpfung wäre. Gerade alte Menschen, und zwar auch diejenigen, die ihren Lebtag

lang gearbeitet haben, sind besonders von Armut betroffen bzw. armutsgefährdet. Armut, insbesondere Altersarmut, ist eine Schande für unser Land. Menschen, die ihren Lebtag lang gearbeitet haben, haben unsere Solidarität verdient. Nicht nur das, sie haben es verdient, dass wir uns für sie einsetzen und dass wir auch die Politik verändern, damit Armut, auch Altersarmut, eine immer geringere Rolle spielt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dass Sie die Anträge ablehnen, die Tafeln in Bayern finanziell noch einmal besserzustellen, und zwar strukturell und nicht nur einmalig, passt genau in diese Linie. Zu der Aktion der Landwirtschaftsministerin "Auf der Suche nach Bayerns bester Tafel" ist schon einiges gesagt worden; dazu werde ich mich nicht mehr äußern.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Das war Verleumdung!)

– Natürlich ist hier etwas dazu gesagt worden. Aber sei's drum!

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Verleumdung!)

Man muss sich auch den Hintergrund dieser ganzen Geschichte anschauen. Wenn Sie bei den Tafeln fragen, dann werden Sie keine einzige Tafel finden, bei der es nicht heißt: Wir würden unsere Arbeit gern einstellen; denn eigentlich wäre es notwendig, dass man uns nicht mehr braucht. – Dass es in Bayern und in ganz Deutschland die Tafeln braucht, zeigt doch, dass in unserem Land einiges nicht mehr funktioniert. Die Armutsvermeidung funktioniert in unserem Land nicht mehr. Wir sind den Menschen, die ehrenamtlich in den Tafeln arbeiten, wirklich zu Dank verpflichtet. Unser Wirken sollte auf eine gute finanzielle Ausstattung der Tafeln hinauslaufen. Daneben sollte es uns darum gehen zu verhindern, dass Armut um sich greift. Wir müssen eine Politik betreiben, die Armut tatsächlich eindämmt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt gäbe es noch einiges zu sagen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

Florian Ritter (SPD): Einiges zu sagen gäbe es noch zur Kitaqualität, zum Zentrum Bayern Familie und Soziales sowie zu den Betreuungsvereinen. Die Redezeit lässt es nicht mehr zu.

Ich bitte Sie im Interesse einer guten Sozialpolitik in Bayern um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen. Der Gesamthaushalt, wie er hier vorgelegt worden ist, ist für uns nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun die Kollegin Eva Lettenbauer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Wochen viel über die Jugend in Bayern diskutiert. Der Bayerische Jugendring hat eine tragende Rolle in Bayern, von der Umsetzung der europäischen Jugendstrategie über den internationalen Jugendaustausch bis hin zur Interessensvertretung der jungen Menschen in Bayern. Zwei Drittel aller Jugendlichen nutzen die Aktivitäten und die Einrichtungen des Bayerischen Jugendrings. Hier lernen sie, Verantwortung zu übernehmen. Sie engagieren sich ehrenamtlich. Sie lernen in den Organisationen den demokratischen Streit miteinander. Der Bayerische Jugendring ist eine wichtige Säule für unser demokratisches Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

An die Adresse der AfD kann ich nur sagen: Es zeigt sich sehr deutlich, was Sie von unserer Demokratie halten, wenn Sie mit Ihren Änderungsanträgen die Mittel für die Verbände und Organisationen streichen wollen, die vor Ort Demokratiebildung machen.

(Zuruf von der AfD)

Wir brauchen mehr Geld für den Bayerischen Jugendring, nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben zum Beispiel den Antrag gestellt, die Mittel für den europäischen Jugendaustausch um 2 Millionen Euro jährlich aufzustocken. Damit würden wir weiße Flecken auf der Landkarte des Austausches beseitigen und könnten den Jugendaustausch mit unseren europäischen Nachbarinnen und Nachbarn bald noch mehr fördern.

Für uns GRÜNE ist über die verschiedensten Bereiche hinweg ganz klar: Ehrenamt verdient Unterstützung, verdient Wertschätzung und verdient Entlastung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will noch einmal festhalten: Wir brauchen vollen Einsatz für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, für Selbstbestimmung sowie gegen jede Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, und das unabhängig von Herkunft, Religion, Sexualität, Hautfarbe oder Behinderung der Person.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Sie stellen fast 12 Millionen Euro jährlich für den Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder in den Haushalt ein. Diese Erhöhung haben wir jahrzehntelang gefordert. Sie verweisen darauf, dass damit das Gesamtkonzept Gewaltprävention umgesetzt werde. Dieses Konzept liegt aber immer noch nicht vor; das ist fatal. Obwohl Ministerin Schreyer per Beschluss aufgefordert wurde, bis Ende 2018 ein Konzept für Frauenhäuser und Notrufe vorzulegen, gab es nur einen verkürzten Bericht zum Dreistufenkonzept. Ich kann sehr gut verstehen, dass Frauenhäuser aktuell skeptisch sind. Fraglich ist doch, ob die Kommunen die Kofinanzierung für mehr Zuschüsse überhaupt leisten können. Über die Mittelverwendung wissen wir recht wenig. Dazu brauchen wir unbedingt Aufklärung. Es darf nicht sein, dass nur in mehr Personal investiert wird. Wir müssen unbedingt auch in mehr Schutzplätze investie-

ren. – Frau Ministerin Schreyer, legen Sie endlich Ihr Konzept für Frauenhäuser, Notrufe und Fachberatungsstellen vor! Verändern Sie auch die Förderrichtlinien dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat für die Staatsregierung nun die Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Frau Kerstin Schreyer.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei manchen Rednern hoffe ich, dass der Finanzminister nicht hingehört hat. Wenn ein Doppelhaushalt gegenüber dem vorherigen Doppelhaushalt um 20 % steigt, kann man erst einmal nur danke dafür sagen, dass wir für die Familien in Bayern so viel tun dürfen.

(Beifall bei der CSU)

"Wir" sage ich deswegen, weil ich sehr froh bin, dass ich mit Staatssekretärin Carolina Trautner eine Frau an die Seite gestellt bekommen habe, die mit Dynamik, Kraft und Fachlichkeit versucht, mit mir durch Bayern zu springen, um die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Ich danke auch den vielen Kolleginnen und Kollegen, die wirklich engagiert versuchen, das Geld, das wir dir, lieber Albert Füracker, herausgeeeist haben, auch sinnvoll anzulegen; denn unsere Familien haben es verdient, dass wir das Geld so investieren. Die Familie ist das solide Fundament dieser Gesellschaft, und genau deswegen ist das Geld gut angelegt.

(Beifall bei der CSU)

Gerhard Hopp hat aus meiner Sicht zu Recht schon ausgeführt, dass wir an der Stelle die Familien stärken. Sylvia Stierstorfer und auch die beiden Kollegen von der Fraktion der FREIEN WÄHLER haben sehr gut dargestellt, dass wir eine Familienkoalition sind und dass wir das Geld richtig investieren wollen. Wenn wir das Geld über das Familiengeld und natürlich auch über die Kostenfreiheit von Kindertagesstätten weitergeben, dann ist dieses Geld richtig gut angelegt. Ich lasse mir das auch nicht madig machen,

wenn darüber diskutiert wird – Kollege Becher hat es gesagt –, dass wir von dem Geld aus dem Gute-KiTa-Gesetz nur die Hälfte in Qualität investieren würden. Ich halte 30 Millionen und 68 Millionen Euro für eine ganze Menge Holz, und da fällt uns viel ein, was wir Gutes für die Kita tun können.

(Beifall bei der CSU)

Ich finde es auch spannend, dass heute bei der Debatte über das Klima Herr Hartmann von den GRÜNEN dem Ministerpräsidenten vorgeworfen hat, er hätte erst ab Minute 26 dazu gesprochen. Ich habe mich darüber gefreut, dass er das Thema Familie ganz vorne angesprochen hat. Er konnte in den ersten 10 Minuten leider nicht alle Themen ansprechen. Ich bin sehr stolz darauf, dass Familie und Soziales in der Rede des Ministerpräsidenten heute ganz vorne gestanden haben.

Mit dem Familiengeld haben wir schon 500 Millionen Euro an die Familien ausgezahlt. 323.000 Familien haben das Geld bekommen. Ich verstehe die Kritik. Mich hat es auch gewundert, dass der der SPD angehörende Bundesminister nicht allen das Familiengeld geben wollte, sondern dass er es bei einem Teil der Familien anrechnen wollte. Wir haben das Gesetz so aufgebaut, dass das Familiengeld wirklich jeder bekommen kann. In allen Gutachten wird uns bestätigt, dass wir richtigliegen. Ich sage Ihnen aber auch ganz ehrlich, dass ich mir die Frage stelle, ob wir jetzt recht haben und dafür zwei Jahre vor Gericht streiten möchten. Oder sage ich, dass wir drei Worte im Gesetz ändern, wenn der Bundesminister das haben möchte? Das machen wir, wir ändern diese drei Worte im Gesetz, und dafür bekommt jeder rückwirkend das Familiengeld sofort bezahlt. Mir war es wichtig, dass jede Familie ihr Geld bekommt. Sie bekommt es rückwirkend. Liebe Kollegin Sandt, Sie haben morgen die Chance, dem Artikel 10 des Haushaltsgesetzes zuzustimmen und damit mit uns gemeinsam die Auszahlung des Familiengelds sofort auf den Weg zu bringen. Ich freue mich über Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Ich finde auch manchen Beitrag, bei dem es um die Qualität geht, spannend. Sie wissen, dass wir die Qualitätsoffensive gestartet haben. Wir haben aber auch die ganzen letzten Jahre bereits viel getan. Zum Beispiel wurde das Thema Fachkräfte angesprochen. Wir haben zwischen 2006 und 2017 die Zahl der Fachkräfte verdoppelt. Wir haben die Zahl der Ausbildungsplätze verdoppelt. Wenn wir einen höheren Bedarf haben, wird es natürlich anstrengend, und dann müssen wir alle miteinander einen Beitrag dazu leisten, dass wir vorwärtskommen. Bei einer Verdoppelung der Zahl der Plätze kann man aber auch nicht sagen, dass nichts passiert ist. Das halte ich schon für ziemlich dreist.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich müssen wir die Erzieherinnen und Erzieher leistungsgerecht bezahlen, wir müssen die Ausbildung attraktiver gestalten, und wir müssen wieder Fachkräfte zurückgewinnen, die sich möglicherweise anders orientiert haben. Wir müssen auch immer über die Rahmenbedingungen diskutieren. Die Grundfrage wird aber sein, was uns die Arbeit am Menschen wert ist und wie viel wir dafür bezahlen wollen. Die Tarifpartner sitzen miteinander am Tisch. Ich sitze nicht am Tisch. Mich wundert aber, dass bei der Diskussion über diese Fragen diejenigen, die zum Beispiel von der SPD in der Stadt München als Vertreter in die Tarifverhandlungen geschickt werden, sich für die Gehaltsfragen komischerweise nicht so aktiv einsetzen, wie wir es uns wünschen, damit unsere Erzieherinnen und Erzieher mehr Geld verdienen und damit sie auch das bezahlt bekommen, was sie leisten. Sie leisten eine hervorragende Arbeit in diesem Land.

(Beifall bei der CSU)

Die Volkswirtin Celina hat mir vorhin erklärt, dass wir nachhaltig investieren sollen. Das heißt, wenn ich in die Gewaltprävention investieren möchte, investiere ich offensichtlich nicht nachhaltig. Die Sozialpädagogin in mir sagt mir aber, dass genau die Prävention im Gewaltbereich nachhaltige Arbeit ist. Die Frauenhäuser, das Projekt Se-

cond Stage oder ein langfristiges Konzept habe ich Ihnen in der letzten Legislaturperiode im Detail vorgestellt. Wenn das nicht nachhaltig sein soll, weiß ich wirklich nicht, was Sie unter Nachhaltigkeit verstehen. Ich investiere in Menschen, und deshalb ist es richtig, dass wir an der Stelle investieren.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegin Celina ist offensichtlich der Auffassung, dass ein Dreistufenprogramm für Prävention gegen Gewalt nicht nachhaltig ist. Auf der ersten Stufe haben wir bereits 2018 das Geld für die Frauenhäuser erhöht. Wir haben den Notruf und die Fachberatung in Angriff genommen. Allein in die Stufe zwei werden wir 16 Millionen Euro investieren. Dies sind qualitative und quantitative Verbesserungen am Hilfesystem. 8 weitere Millionen investieren wir in ein umfassendes Konzept des Gewaltschutzes und der Gewaltprävention, damit wir wirklich jeder Form von Gewalt Rechnung tragen und in unserem Land die richtigen Maßnahmen zur richtigen Zeit treffen können.

Zum Beispiel geht es nicht nur um körperliche Gewalt. Es geht auch um seelische Gewalt und um die Gewalt, die im digitalen Netz stattfindet. Wir müssen uns auch anschauen, welche Gruppen neu von Gewalt betroffen sind. Aus anderen Ländern wissen wir, dass es schon die ersten Männerschutzprogramme gibt. Bei den Fragestellungen geht es darum, was seelische Gewalt ist. Wir wissen, dass wir mit der Zwangsprostitution eine große Herausforderung haben. Deswegen entwickeln wir ein Gesamtkonzept, weil wir nicht glauben, dass wir das Geld mit der Gießkanne ausgeben sollten. Wir wollen das Richtige tun, und weil wir das Richtige tun wollen, investieren wir 24 Millionen Euro in dieses Thema. Wenn das nicht nachhaltig ist, weiß ich nicht, was an der Stelle noch nachhaltig sein soll.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegin hat auch das Thema Armut angesprochen, das mir sehr wichtig ist. Wir haben nämlich verschiedene Formen von Armut. Wir haben die finanzielle Armut, die seelische Armut und die soziale Armut. Weil wir verschiedene Formen von Armut

haben, reist meine Staatssekretärin gerade durch ganz Bayern, um Konzepte anzuschauen und zu überlegen, wie wir diesem Thema noch gerechter werden können. Wir müssen aber auch auf das Thema Obdachlosigkeit schauen. Wir gründen eine Stiftung zur Prävention. Außerdem haben wir einen Maßnahmenplan. Jeder Mensch, der in Bayern auf der Straße sitzt, ist einer zu viel. Wir können aber auch Dinge tun, die nichts kosten. Jeder von uns hat die Möglichkeit, auch einmal zu überlegen, welcher gute Freund oder welcher Nachbar sich schon lange nicht mehr gemeldet hat. Wo muss ich hinschauen, um die seelische Armut zu beachten? – Wir diskutieren immer über die finanzielle Armut. Ja, das ist wichtig: ich möchte aber, dass wir auch über die seelische und die soziale Armut diskutieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Finanzierung und Jugendarbeit hat Herr Kollege Gerhard Hopp schon sehr viel gesagt. In den letzten Jahren sind die Mittel hierfür immer wieder gestiegen. – Danke Gerhard, dass du das noch einmal explizit betont hast. – Uns ist die Jugendarbeit wichtig. Uns ist aber auch der Ausbau der Barrierefreiheit wichtig. Dabei sind sowohl die Stufen als auch die Sprache wichtig. Es geht aber auch um die Barrieren in den Köpfen. Wir müssen es alle miteinander schaffen, dass jeder von uns, der Vorurteile hat, diese ein wenig abbaut. Menschen, die eine Behinderung haben, sind genau wie wir alle erst einmal Menschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben das Thema Senioren im Blick. Gott sei Dank reduzieren wir die Seniorinnen und Senioren nicht auf die Pflege. Für Pflege ist Kollegin Melanie Huml zuständig. Für uns ist ein Senior zunächst einmal ein Mensch mit Lebenserfahrung. Zwar diskutieren wir über Wohnformen, aber auch darüber, wie die Beteiligung aussieht. Wie können wir an diesen Stellen unterstützen? – Familie steht nicht nur für kleine Kinder, sondern umfasst alle Lebensphasen. Wir als Ministerium dürfen ein Gesellschaftsministerium sein. Wir sind ein Abbild der Gesellschaft. Wir dürfen uns mit allen Themen beschäfti-

gen, die sich mit Menschen befassen. Mir ist es wichtig, dass wir auch an die Seniorinnen und Senioren denken. Wir sollten auch sie gut im Blick haben. Deshalb investieren wir in Menschen.

Der Sozialhaushalt konnte nur deshalb in der Weise anschwellen – es wurde so genannt –, weil wir nachhaltig denkende und gute Politiker in der CSU und bei den FREIEN WÄHLERN haben, die massiv dazu verholpen haben. Die Richtung, in Familien, in Gewaltprävention, in die Bekämpfung der Obdachlosigkeit sowie in den Ausbau und die Qualität der Kitas zu investieren, ist die richtige. An dieser Stelle geht es nicht um Förderung mit der Gießkanne, sondern um richtige Maßnahmen zur richtigen Zeit.

Lieber Albert Füracker, ich möchte danke sagen. Ich weiß, ich bin dir lieb und teuer. Das Geld ist jedoch richtig investiert. – Weil er nicht nur Finanzminister ist, sondern das Herz am richtigen Fleck hat, können wir heute und hier einen Haushalt präsentieren, der sozial ist, der gerecht ist, der an Familien und an diejenigen denkt, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Deshalb danke ich all denjenigen, die diesem Haushalt zustimmen werden. All denjenigen, die nicht zustimmen werden, möchte ich sagen: Ja, mehr geht immer. Angesichts der Steigerungen und dieser richtigen Maßnahmen habe ich jedoch kein Verständnis für diejenigen, die heute diesem Sozialhaushalt nicht zustimmen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatsministerin, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Für eine Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Staatsministerin Schreyer, die ersten drei Jahre im Leben eines Kindes sind die wichtigsten und schwierigsten. Das gilt wahrscheinlich auch für die Mutter. Laut Expertenmeinung erlernen Kinder in dieser Zeit Bindungsfähigkeit und die Fähigkeit, Vertrauen zu bilden. Später sind das im Leben Soft Skills für das Glück im Beruf und im Leben allgemein. Im späteren Leben

sind Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Selbstwertgefühl gefragt. Ich möchte Sie und die Bayerische Staatsregierung ausdrücklich loben. Mit dieser Zwischenbemerkung befürworte ich das, was Sie vertreten.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Eine CSU-Anwartschaft!)

Die Bayerische Staatsregierung ist bundesweit eine der wenigen Regierungen, welche die Wahlfreiheit zwischen der Betreuung in der Kita oder durch die Mutter in den ersten drei Jahren gewährleistet. Dafür haben Sie im Haushalt die finanzielle Förderung in Form des Familiengelds und des Betreuungsgelds bereitgestellt. Hoffentlich belassen Sie diese Mittel auch weiterhin im Haushalt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Wenn Sie dazu ein ungetrübtes Ja sagen können, werden Sie meine Zustimmung zu Ihrem Haushalt bekommen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Kollege Swoboda, deshalb haben wir das Familiengeld aufgelegt. Die Familien werden finanziell so ausgestattet, dass sie eine echte Wahlfreiheit erhalten. Sie können sich entscheiden, ob einer von beiden Elternteilen mehr arbeitet, beide gleich viel arbeiten oder einer ganz zu Hause bleibt. Ich formuliere das bewusst geschlechtsneutral, weil wir immer mehr Väter haben, die auch Erziehungsverantwortung übernehmen wollen. Aus meiner Sicht steckt hinter dem Familiengeld genau diese Idee. Das Familiengeld erhält einfach jede Familie. Deshalb hat auch jede Familie die echte Wahlfreiheit zu entscheiden. Nachdem die ersten Lebensjahre stark prägend sind, ist klar, dass wir genau in diese Zeit investieren. Ob diese Jahre die schwierigsten sind, lasse ich einmal dahingestellt; all diejenigen, die pubertierende Kinder haben, können beobachten, dass diese eine andere Phase durchleben.

Ich will einfach nur sagen: Die ersten Jahre entscheiden über die Bindungsfähigkeit. Das ist das alles Entscheidende. Wenn sich diese Synapsen schließen, können sie nicht mehr nachreifen. Die Bildung wird jeden Tag geliefert. Die Bindungsfähigkeit ist das Entscheidende. Ich möchte, dass sich Familien immer frei entscheiden können. Deshalb haben wir unser Gesetz so gestaltet, dass jede Familie die Leistung bekommt. Wir haben genauso wie beim Landeserziehungsgeld verfahren. Nach den eruptiven Phasen des Herrn Bundesministers sind wir zu der Lösung gekommen, dass es jede Familie erstattet bekommt. Jede Familie hat das Recht zu wählen. Mir steht es nicht zu, zu entscheiden, wer welche Familienform leben muss oder soll. Erst mal bin ich dafür zuständig, den Rahmen zu setzen. Das machen wir für die Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/657 mit 18/675, 18/695 mit 18/707, 18/783 mit 18/796, 18/857 mit 18/859, 18/897 mit 18/899 und 18/901 mit 18/914 sowie 18/948 mit 18/957 und 18/1033 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1773.

Wie bereits angekündigt folgen nun sechs namentliche Abstimmungen und neun Abstimmungen in einfacher Form. Wenn Sie ein Interesse an einem sozialverträglichen Ende der heutigen Sitzung haben, möchte ich Sie bitten, nach den namentlichen Abstimmungen direkt wieder Ihre Plätze einzunehmen. Nur so können die Abstimmungen ordnungsgemäß durchgeführt werden. Bitte vergewissern Sie sich auch, dass Sie noch genügend Stimmkarten haben; wenn nicht, befindet sich ein weiterer Satz Stimmkarten jeweils in Ihrem Postfach im Lesesaal.

Nach den namentlichen Abstimmungen führen wir die neun einfachen Abstimmungen durch. Ich bitte Sie auch hier, die Plätze wieder einzunehmen. Nach diesen Abstimmungen folgt dann die Abstimmung über den Einzelplan 10 selbst. Dazu müssen erst mal die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen vorliegen.

Ich beginne nun mit den namentlichen Abstimmungen, zuerst mit dem Änderungsantrag der SPD betreffend "Erhalt und Ausbau der Betreuungsvereine in Bayern" auf Drucksache 18/657. Die Urnen sind bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19:38 bis 19:43 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Es folgt nun die Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag auf Drucksache 18/661 betreffend "Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung – Konversion von Komplexeinrichtungen". Die Urnen stehen wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. – Wenn Sie sich danach schnell wieder auf Ihre Plätze begeben, habe ich dann gute Nachrichten für Sie.

(Namentliche Abstimmung von 19:43 bis 19:46 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Abstimmungszeit ist abgelaufen. Das Abstimmungsergebnis wird auch hier außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Als Nächstes folgt nun die Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag auf Drucksache 18/667 betreffend "Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit in Bayern". Die Urnen stehen wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Abstimmungszeit: drei Minuten. – Jetzt kommt die gute Nachricht, die ich Ihnen versprochen habe: Wenn Sie direkt danach Ihre Plätze wieder einnehmen, können wir beschleunigt weitermachen;

die FDP-Fraktion hat ihre Anträge auf namentliche Abstimmung zurückgezogen, so dass wir dann zügig weitermachen können.

(Allgemeiner Beifall – Namentliche Abstimmung von 19:47 bis 19:50 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Meine Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis wird auch hier außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Nun kommen wir zu den zwölf Abstimmungen über Änderungsanträge der AfD-Fraktion sowie der FDP-Fraktion in einfacher Form. Alle zwölf Änderungsanträge wurden vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Ich bleibe bei der Reihenfolge, die sich nach der ursprünglichen Fassung ergeben hätte.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene" auf Drucksache 18/898. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Dann ist der Antrag hiermit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten der Beauftragten für das Ehrenamt" auf Drucksache 18/901. Wer hier entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER sowie die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Als Nächstes folgt die Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/911. Darin geht es um die "Zuschüsse an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit". Wer hier entgegen dem Aus-

schussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, CSU, AfD und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/695 betreffend "Kostenbeteiligung am Mittagessen in Werkstätten für behinderte Menschen und Tagesförderungsstätten". Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist dieser Änderungsantrag hiermit abgelehnt.

Als Nächstes kommt der Änderungsantrag betreffend "Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens – Landesstiftung ‚Hilfe für Mutter und Kind‘" auf Drucksache 18/701 zur Abstimmung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Als Nächstes folgt der Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bezahlbarer Wohnraum für Frauen, die mit ihren Kindern in Frauenhäusern leben" auf Drucksache 18/706. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Hiermit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Als letzten Änderungsantrag der AfD-Fraktion rufe ich zur Abstimmung den Antrag auf Drucksache 18/857 betreffend "Förderung unabhängiger Ombudsstellen für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern" auf. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist offensichtlich der Rest des Hauses, es sei denn, es gibt Enthaltungen. – Keine Enthaltung. Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zu weiteren Änderungsanträgen; es handelt sich um Anträge der FDP-Fraktion. Ich rufe zur Abstimmung den Antrag auf Drucksache 18/902 betreffend "Kosten der Durchführung von Modellvorhaben der Digitalisierung" auf. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Hat hinten Herr Swoboda dafür gestimmt? – Nein?

(Zuruf: Doch! – Zuruf des Abgeordneten Raimund Swoboda (fraktionslos))

– Er sagt Nein. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die beiden Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/903 betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKi-BiG)". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Weiter gibt es den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Ausbaufaktor für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren" auf Drucksache 18/904. Wer entgegen dem Ausschussvotum die-

sem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann folgt noch die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Pädagogische Qualitätsbegleitung)" auf Drucksache 18/910. Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, CSU, AfD und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hiermit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Schluss folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze gemäß den Konditionen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung inkl. Hortplätze“" auf Drucksache 18/913. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Hiermit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Haben wir schon Ergebnisse? – Noch nicht? – Dann unterbreche ich die Sitzung bis zum Vorliegen der Abstimmungsergebnisse der vorherigen namentlichen Abstimmungen.

(Unterbrechung von 19:58 bis 20:01 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe nun die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst komme ich zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Erhalt und Ausbau der Betreuungsvereine in Bayern" auf Drucksache 18/657. Mit Ja haben 24 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 118 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: 34. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung – Konversion von Komplexeinrichtungen", Drucksache 18/661, bekannt. Mit Ja haben 50, mit Nein 115 Abgeordnete gestimmt. Es gab 8 Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Damit komme ich zu dem Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit in Bayern", Drucksache 18/667. Mit Ja haben 58, mit Nein 120 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Jetzt lasse ich über den Einzelplan 10 abstimmen. Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1773 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen

bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 13)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1773 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/674, 18/948 mit 18/957 und 18/1033 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Erhalt und Ausbau der Betreuungsvereine in Bayern; (Kap. 10 03 Tit. 684 01) (Drucksache 18/657)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin			X	Fehlner Martina	X		
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias	X		
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian	X		
Aures Inge				Franke Anne			
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			X
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara			X
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)			X
Becher Johannes			X	Gehring Thomas			X
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal			X	Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra			
Dr. Büchler Markus			X				
Busch Michael	X			Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin			X	Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar	X		
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig			X
Demirel Gülseren			X	Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			X
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian			X
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			X
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			X
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			X
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			X
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			X
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	24	118	34

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung - Konversion von Komplexeinrichtungen; (Kap. 10 05 Tit. 893 01) (Drucksache 18/661)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred			
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			X
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			X
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	50	115	8

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit in Bayern; (Kap. 10 07 TG 78) (Drucksache 18/667)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter			
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	58	120	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Teilhabe von gehörlosen und hörbehinderten Menschen verbessern – Gehörlosengeld einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/783
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ehrenamtliche Betreuung stärken – Querschnittsarbeit der Betreuungsvereine besser fördern
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 18/784
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stationäre Wohnplätze für behinderte Menschen ausbauen – Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Bayerischen Landesplans für Menschen mit Behinderung erhöhen
(Kap. 10 05 Tit. 893 78 und 893 79)
Drs. 18/785
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung
Pädagogische Qualitätsbegleitung in Kindertagesstätten fortsetzen und ausbauen
(Kap. 10 07 Tit. 633 88 und 684 88)
Drs. 18/786
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung
Längere Öffnungszeiten und Betreuung zu Randzeiten in Kindertagesstätten zusätzlich fördern
(Kap. 10 07 Tit. 633 88)
Drs. 18/787
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung
Erhöhung des Basiswerts zur kindbezogenen Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/788

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung
Zusätzliche Beitragsentlastung für das erste und zweite Kindergartenjahr aussetzen
(Kap. 10 07 Tit. 633 91 und 681 91)
Drs. 18/789
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung
Bundesmittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz wie versprochen in die Kitaqualität investieren
(Kap. 10 07 Tit. 633 91 und 633 92)
Drs. 18/790
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Familiengeld einkommensabhängig auszahlen
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/791
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausweitung des Schutzes von Mädchen und Frauen – Aufbau von Fachstellen gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM/C) in jedem Regierungsbezirk
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/792
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Kofinanzierung zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ auf das Niveau der Bundeszuwendungen
(Kap. 10 07 TG 60)
Drs. 18/793
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Politische Bildung stärken und Internationalen Jugendaustausch ausbauen – Ausgaben für Jugendarbeit erhöhen
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/794
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionsprogramm zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder in Kindertagesstätten und Horten
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/795
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Queere Jugendberatung in allen Regierungsbezirken
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/796
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kostenbeteiligung am Mittagessen in Werkstätten für behinderte Menschen und Tagesförderungsstätten
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 18/695
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erforschung der Gewaltproblematik
(Kap. 10 07 Tit. 526 82)
Drs. 18/696
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)
Drs. 18/697
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Bessere Förderung der Maßnahmen für alleinerziehende Eltern
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/698
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe)
(Kap. 10 07 Tit. 684 74)
Drs. 18/699
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/700
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens – Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“
(Kap. 10 07 TG 84)
Drs. 18/701
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für das Projekt „Miteinander leben – Ehrenamt verbindet“
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/702
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: LichtBlick Seniorenhilfe e. V.
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/703
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur Prävention von Linksexremismus
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/704
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte für Arbeitnehmer im Zentrum für Medienkompetenz in der Frühpädagogik
(Kap. 10 67 Tit. 428 01)
Drs. 18/705
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezahlbarer Wohnraum für Frauen, die mit ihren Kindern in Frauenhäusern leben
(Kap. 10 70 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/706
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Evaluation der Präventionsambulanz „Stopp die Gewalt“
(Kap. 10 72 neuer Tit.)
Drs. 18/707
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung unabhängiger Ombudsstellen für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/857
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Jugendsozialarbeit; Jugendschutz)
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 18/858
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige
(Kap. 10 07 Tit. 893 82)
Drs. 18/859
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhalt und Ausbau der Betreuungsvereine in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 18/657
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bessere Unterstützung der Tafeln in Bayern
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/658

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Natascha Kohnen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Effektive Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit in Bayern
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/659
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerische Umtauschprämie für den Klimaschutz
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 18/660
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung – Konversion von Komplexeinrichtungen
(Kap. 10 05 Tit. 893 01)
Drs. 18/661
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein inklusives Bayern jetzt – Barrierefreiheit finanziell besser fördern!
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 18/662
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein inklusives Bayern jetzt – Öffentlichen Raum flächendeckend mit barrierefreien Toiletten ausstatten!
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 18/663
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verlässliche Förderung der bayerischen Mehrgenerationenhäuser
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 18/664
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Familien in Bayern in allen Lebenslagen unterstützen – Familienstützpunkte und Mütter- und Familienzentren ausbauen
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/665
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerisches Sonderprogramm „Gut leben im Alter – Teilhabe ermöglichen“
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 18/666
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit in Bayern
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/667
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/668
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (LBE) und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa Bayern e.V.)
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/669
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Beste frühkindliche Bildung für alle Kinder – Kita-Ausbau kraftvoll voranbringen!
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/670
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Beste frühkindliche Bildung für alle Kinder – mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in Kitas!
(Kap. 10 07 TG 88 – 93)
Drs. 18/671
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der LAG Mädchenpolitik Bayern
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/672
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein buntes Bayern jetzt – Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/673
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Stellen für das Zentrum Bayern Familie und Soziales
(Kap. 10 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/675
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 10 02 Tit. 526 99)
Drs. 18/897
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)
Drs. 18/898
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung heimatpolitischer Anliegen im Rahmen der Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe
(Kap. 10 06 Tit. 686 03)
Drs. 18/899
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten der Beauftragten für das Ehrenamt
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)
Drs. 18/901
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten der Durchführung von Modellvorhaben der Digitalisierung
(Kap. 10 07 Tit. 547 96)
Drs. 18/902
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/903
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Ausbaufaktor für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren
(Kap. 10 07 Tit. 633 90)
Drs. 18/904
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Betreuungsgeld nach dem Bayerischen Betreuungsgeldgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 681 01)
Drs. 18/905
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Familiengeld nach dem Bayerischen Familiengeldgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/906
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landeserziehungsgeld
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 18/907
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung betreuter Frühstücksangebote an Grund- und Förderschulen
(Kap. 10 07 Tit. 684 05)
Drs. 18/908
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Abbau von Gewalt)
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/909
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Pädagogische Qualitätsbegleitung)
(Kap. 10 07 Tit. 684 88)
Drs. 18/910
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/911
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Rahmen der Digitalisierung
(Kap. 10 07 Tit. 812 96)
Drs. 18/912
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze gemäß den Konditionen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung inkl. Hortplätze“
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 18/913
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben für Sachverständige
(Kap. 10 20 Tit. 526 11)
Drs. 18/914